

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
 frei ins Haus, dochsendigbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Angaben
 5.— Mk. für das übrige Ausland
 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an: Ber-
 lin, Postamt, Holland, Stremberg, Schweden
 und die Schweiz. Einzelnummern in die
 Post-Bestellungs-Preisliste.
 Druckerei: täglich.

Telegraphisch: Krefze
 „Sozialdemokratisches Wort“.

Anzeigenpreis:
 Die Leberungspreise sind in der
 20. Hg. „Vorwärts-Anzeigen“, das
 (abhebende) Wort 30 Hg. (täglich
 2 lebernde Worte), jedes weitere
 Wort 15 Hg. Streifenanzeigen und
 Schiffsanzeigen sind extra. Wort
 20 Hg. jedes weitere Wort 10 Hg.
 (Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Fernsprech-Anzeigen 20 Hg.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Anzeigen 30 Hg.
 20 Hg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptverlag, Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, eintreffen
 werden. Schluß von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 2. Mai 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97. | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Linke fordert Auflösung!

Verhaftung der ukrainischen Regierung durch deutsches Militär.

Sie haben wohl Angst?

Minister Dr. Drews: Wenn das gleiche Wahlrecht nicht jetzt kommt, besteht die Gefahr, von der der Herr Reichskanzler sprach, daß dann das Wahlrecht, das Sie bekommen, viel radikaler sein wird. (Höhnisches Gelächter und stürmischer Widerspruch rechts. Ruf: Sie haben wohl Angst? Große Unruhe links.) Ich las hier meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit und trete mit meiner Person für meine Überzeugung ein. Solche Zumutung, daß ich durch Angst und Furcht mich teilen lasse, möchte ich mir ganz energisch verbitten. (Lofender Lärm rechts, — stürmischer Beifall links, erneuter Lärm rechts.)

Berlin, 1. Mai. Amlich. In letzter Zeit machte sich in Riew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrssaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem kaiserlichen Votschaster Freiherrn von Mumm genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Frühjahrssaat zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entzweit wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an der Agitation gegen uns beteiligten.

ponderen Mantel Sie haben gesagt, daß Sie keine Angst haben. Zeigen Sie es!

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Mai.
 Da hätten wir also endlich die Regierung, die das Fürchten nicht gelernt hat! Wie männlich und tapfer klingt die Antwort, die Herr Drews, der Wahlrechtsminister, dem höhnischen Zwischenrufer von rechts erteilt. Die Regierung hat keine Angst. Wirklich nicht?

Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobry, eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zur Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthaltsort ist zurzeit noch unbekannt. Dobry war als ukrainischer Finanzsachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Delegation erworben. Außer dem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten;

Nachdem die Mut der Wahlrechtsfeinde etwas abgeflaut ist, hat die Debatte am Mittwoch wenigstens der äußeren Form nach einen Verlauf genommen, wie er eines Parlaments würdig ist. Nur einmal noch kam es zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen der Rechten und dem Minister des Innern, der sich mit großer Entschiedenheit gegen den vermeintlichen Vortwurf verwahrte, daß er nur aus Angst für das gleiche Wahlrecht eintrete. Darüber Näheres oben! Wie später durch eine Erklärung des Abg. v. Heydebrand festgesetzt wurde, hatte der Minister einen Zwischenruf eines konservativen Abgeordneten „falsch verstanden“. Damit war der Zwischenfall erledigt. Immerhin zeugt dieses an sich nicht weitererschütternde Ereignis davon, wie geladen die Atmosphäre ist und wie es nur eines kleinen Anlasses bedarf, damit ein schweres Gewitter losbricht.

Der Reichskanzler und Ministerpräsident, Graf Hertling, ließ neulich die Mitteilung, er werde im Reichstag eine Rede über die auswärtige Politik halten, dementieren mit der Begründung, daß jetzt die Zeit nicht zu Worten, sondern zu Taten sei. Ähnliches gilt aber jetzt, so will uns wenigstens scheinen, auch für die innere Politik. Und mehr als die Schlagfertigkeit des Wortes, mit der ein Minister einen konservativen Zwischenrufer abfertigt, interessiert uns die Schlagfertigkeit der Tat, mit der die Regierung die voraussetzende Ablehnung des gleichen Wahlrechts zu beantworten gedenkt.

zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.
 Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen.
 Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtsicherheit in Riew zu schützen.

Es ist eine alte Unsitte im Dreiklassenparlament, daß die Rechte, sobald einer ihrer Anhänger gesprochen hat und ein Vertreter der Linken das Wort erhält, demonstrativ den Saal verläßt. Diese Praxis übten sie auch jetzt wieder. Stamm hatte Herr Bachmann vom rechten Flügel der National-liberalen, dessen Rede sich in nichts von der der Konservativen unterschied, geendet und der Minister des Innern ihm erwidert, als sich der Saal leert. Herr Bachmann mußte vor fast leeren Bänken sprechen, und nicht viel anders erging es den Rednern der sozialdemokratischen Parteien: Girsch und Ströbel. Der Fortschrittler und der Vertreter der alten Sozialdemokratie forderten als Antwort auf die Vollmännliche Anregung zu einer Verhängung die sofortige Auflösung des Hauses und Neuwahlen noch während des Krieges. Wie die Regierung sich dazu stellt, darüber herrscht auch jetzt noch keine Klarheit.

Die Regierung aber, heißt es, will nicht ausweichen, wenigstens jetzt noch nicht. Warum nicht? Weil sie Angst hat? Das ganze Verhalten der Konservativen, der Rechtsliberalen und der Zentrums magnaten ist weiter nichts als eine Spekulation auf die Angst der Regierung, die „Angst vor der eigenen Courage“, wie Herr Nieber einmal gesagt hat.

Feldmarschall von Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Votschaster Freiherrn von Mumm zur Sicherung der Stadt Riew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf die Einsetzung von Militärgerichten, die strenge Befragung aller Verdächtigen und Androhung schwererer Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits einem deutschen Militärgericht übertragen. Sie führte unter anderem zur Verhaftung des Kriegaministers Chukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tschischenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogazki und des Abteilungschefs im Ministerium des Äußeren Ljubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Der Redner der Unabhängigen, Ströbel, erklärte den Regierungsentwurf für unannehmbar. Kame es also auf die Unabhängigen an, so könnte das gleiche Wahlrecht in der Fassung der Regierungsvorlage durch ihre Stimmen fallen!

Ein Spiel der gegenseitigen Einschüchterungen wird gespielt. Die Regierung droht, noch Ablehnung des gleichen Wahlrechts von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch zu machen. Die Rechte achtet dieser Drohung nicht, glaubt nicht an ihre Ausführung und versucht nun ihrerseits die Regierung einzuschüchtern — aber nicht durch bloße Reden, sondern durch die Tat, indem sie den Ministern ihren Gesetzentwurf zerrissen und verstümmelt vor die Füße wirft. Dadurch soll die Regierung, der man den Mut zur Tat nicht zutraut, gestungen werden, klein beigugeben. Herr Bachmann hat das auf dem nationalliberalen Preuentag so offen ausgesprochen, daß man es offener gar nicht sagen kann.

(Wir erfahren, daß sich der Reichstag mit dieser Angelegenheit befassen wird. Red. d. „Vorwärts“.)

192. Sitzung, Mittwoch, den 1. Mai 1918, vormittags 11 Uhr.
 Am Ministerische: Dr. Drews.
 Fünf neu eingetretene Mitglieder lesen den verfassungsmäßigen Eid.

Selbst Herr v. Heydebrand hat in seiner Rede vom Dienstag zugeben müssen, daß das Dreiklassenwahlrecht, weil nur auf der Steuerleistung beruhend, nicht haltbar sei. Aber mit Hilfe einer kleinen Mehrheit, die sie nur diesem unhaltbaren Wahlrecht verdanken, vertrauen sich die Herren von der Rechten, den gemeinsamen Willen des Volkes, der Regierung und der Krone unter den ihnen zu zwingen. Was sie da tun, ist vom politischen Standpunkt aus ein Verbrechen, wahrscheinlich sogar eine selbstmörderische Dummheit. Aber was den Mut betrifft, der aus einem solchen Verhalten hervorleuchtet, so kann man nur sagen: „Me Achtung!“ Die haben keine Angst!

Die Folgen eines passiven Verhaltens der Regierung sehen wir dagegen viel ernster. Der letzte Respekt vor der Regierung, das letzte Vertrauen zu ihr dürfte geschwunden zum Teufel gehen. Von der Rechten berannt, von der Linken verlassen, wie wird die Regierung dastehen? Und wenn sie sich damit tröstet, daß sie ja gehen kann — welche Erbschaft würde sie ihrer Nachfolgerin überlassen? Hier eröffnen sich Aussichten, vor denen wohl auch ein kühner Mann eine gewisse Angst beschleichen kann, zumal wenn er annimmt, daß der Krieg nicht sobald zu Ende sein wird.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.
 Zweites Lesg.
 Die allgemeine Anfrage wird bei den §§ 1—5 fortgesetzt.
 Abg. Dr. Bachmann (nack.):

Warum aber will die Regierung nach der Ablehnung des gleichen Wahlrechts nicht auflösen? Hat sie Angst vor dem Sieg, der ihr in diesem Falle sicher ist? Oder wovor hat sie Angst? Kennt sie das preussische Volk so schlecht, daß sie glaubt, bei Neuwahlen würden die Parteien mit Knüppeln und Pistolen aufeinander losgehen? Wir übernehmen jede Garantie dafür, daß dabei nicht ein einziges Bierglas zerbrochen wird, daß sich vielmehr alles mit jener Sachlichkeit, Ordnung und Rührigkeit abspielen wird, die andere Völker am deutschen Volk — nicht verliehen.

Wir befinden uns in einer inneren Krise, aus der wir schon aus Gründen der äußeren Politik so rasch wie möglich heraus müssen. Nur die Tat kann helfen. Herr Minister Dr. Drews, bedenken Sie, daß Sie Gegnern gegenüberstehen, die viel zu kräftig sind, als daß man ihnen mit Worten im-

Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Beifall.) Unser Standpunkt ist ja bekannt. Diejenigen meiner Freunde, die hinter mir stehen, haben an ihrem Übermut gegen die Vorlage der Regierung fest. (Sechshundert Beifall rechts, ironischer Zuruf links: Bravo rechts! Wir beschränken bei einer Gesetzgebung der sozialdemokratischen Partei. (Sechshundert Zustimmung rechts.) Das Reichstagswahlrecht würde in Preußen radikaler wirken als im Reichstage. Dazu kommt der Einfluß der Polen als einer absoluten Oppositionspartei in Preußen. Wenn die sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße anwachsen, wie sie nach den letzten Reichstagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate betragt anschwellen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Polen und Welfen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus haben wird. (Zustimmung rechts.) Wir werden dann etwa 119 Sozialdemokraten, 40 Polen, 8 Welfen und 2 Dänen haben, zusammen 167 Stimmen. Mit den fortschrittlichen Abgeordneten kommen wir auf 192, was der absoluten Mehrheit von 228 außerordentlich nahe kommt. Wir stehen vor einem allgemeinen Stichwahlbündnis der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts und bei der National.) Ich glaube, daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß in absehbarer Zeit eine sozialdemokratisch-polnisch-fortschrittliche Mehrheit im Abgeordnetenhaus sein wird. Die Regierung verkennt zwar nicht, daß eine gewisse Radikalisierung eintreten werde, aber sie hat mit dem Optimismus, der sie bei der Vertretung der Vorlage ausgezeichnet hat, immer wieder erklärt, dieser Radikalismus würde nicht mehr so gefährlich sein wie vor dem Kriege. Auch meine Fraktion hofft, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählermassen sich in Bezug auf die nationalen Forderungen des Staates anders verhalten wird als vor dem Kriege und daß sie nicht die Wege der Hoffmann und Genossen wandeln wird. Das wird aber weder dem Wachstum der Sozialdemokratie Abbruch tun, noch die Gefährlichkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit mindern. Je weniger die Sozialdemokratie die menschlichen, nationalen und religiösen Gefühle der

Während des Krieges haben wir eine ganze Menge von Ersatzwahlen zum Abgeordnetenhaus erlebt — sie sind kaum bemerkt worden. In drei Vierteln der Wahlkreise würden sich die Neuwahlen mit genau derselben Gemächlichkeit abspielen, weil der gegenwärtige Mandatsinhaber ohne jede Beteiligung einfach wiedergewählt werden würde. „Kampf“ würde es höchstens in einem Viertel der Wahlkreise geben, wo die Wahlrechtsfreunde mit überraschender Schmerzlosigkeit die bisher von Wahlrechtsgegnern gehaltenen Siege mit ihren eigenen Anhängern besetzen könnten. Wohl würden einige schwarze Flugblätter verfaßt, manche kräftige Reden gehalten werden, aber so ängstlich braucht wirklich niemand zu sein, sich davor zu fürchten.

Staatsfreundlich gestimmten Arbeitermassen verleiht, um so härter wird ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter sein. Ich befürchte daher

ein sehr starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nach dem Kriege.

Sie behaupten, daß das Gemeindevahlrecht auf anderen Grundlagen beruht als das Staatswahlrecht. Die Regierung ist im Irrtum, wenn sie den Kampf um das Gemeindevahlrecht für eine Feinjustiz- und nicht für eine Machtfrage hält. Ein sehr lehrreicher Vorgang hat sich in Baden abgepielt. Dort hat sich die national-liberale Partei zuerst dem gleichen Wahlrecht widersetzt. Sie hat schließlich nachgeben müssen. Nun fordern die drei maßgebenden Parteien in Baden: Zentrum, Nationalliberale, Sozialdemokraten, einmütig auch für die Gemeinden das gleiche Wahlrecht. Und an dessen unmittelbarer Einführung ist nicht mehr zu zweifeln. (Hört! hört! rechts.) Wird die preussische Staatsregierung mehr Widerstandskraft haben? Dann die Wahlenfrage. Schon bei der jetzigen Mehrheit war die Arbeit schwierig. Die politischen Kräfte sind gespalten. Schon bei der jetzigen Anfechtungspolitik war der Uebergang von Grund und Boden von deutscher Hand in polnische immer etwas stärker als umgekehrt. Wir stehen vor einem neuen starken Ansturm der Polen. Was will die Regierung gegen diese Gefahr tun? Der Redner äußert Besorgungen für die Anfechtungspolitik bei einer anderen Zusammenfassung des Hauses. Er befürchtet weiter als Folge des gleichen Wahlrechts eine radikale Umwälzung auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenpolitik. Seine Freunde hätten sich gesagt, daß das Mehrstimmrecht des Ausschusses nicht allzuviel Aussicht auf Annahme hat. Das Unannehmliche der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen. (Widerspruch links.) Wir haben daher einen Antrag auf

Einführung des Zweistimmrechts

eingebbracht, der, wie fast die ganze Presse zugibt, eine sachliche Annäherung an die Regierungsvorlage bedeutet. Ein Antrag gegen die Freizügigkeit ist er nicht. Kein Arbeitgeber wird einen tätigen Arbeiter nach 5/2 Jahren entlassen, bloß damit er keine Zulageerhöhung erhält. Ich hoffe, daß in Erwägung der fürchtbaren Erregung, die ein Wahlkampf im Volke hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Dieser Krieg muß dauernde Lehren zeitigen. Wir verlangen eine allgemeine Arbeitspflicht gegenüber dem Staate. Ueberhaupt ist auf sozialem Gebiete noch viel Arbeit zu leisten. Die Bildungs-möglichkeiten müßten erleichtert werden. Es wird stets eine große Menge des Volkes hier geben, die sich nur eine knappe Lebenshaltung leisten kann. Es ist natürlich, wenn diese große Schicht stärkere Ansprüche an das Leben stellt als sie befriedigt werden können. Etwas anderes ist es aber, daß man diejenigen politischen Parteien zur Herrschaft bringen will, die bisher ihre Lebensaufgabe darin gesehen hat, innerlich-büßend zu verstreuen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß sprach der Redner die Bitte aus, den schärferen politischen Kampf, in dem man augenblicklich stünde, nur auf lokale Wege zu führen. Preußen wird auch unter dem gleichen Wahlrecht nicht untergehen. (Hört! hört! links.) Wir möchten aber, so schloß Abg. Lohmann, daß es Preußen nicht unmöglich gemacht wird, eine weithin sichtbare Stätte von Recht und Kultur und wirklicher Freiheit, die nicht durch die Demokratie gewährleistet wird, zu sein. (Stürmische Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teil der Nationalliberalen.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungsverschiedenheiten in lokalen Formen geführt wird und daß die Ueberzeugung des andern als die eines Mannes geachtet und gewertet wird, der auf seinem Wege bestrebt ist, dem Wohle des Vaterlandes nach besten Kräften zu dienen. Wenn wir das in die Friedenszeiten hinübernehmen, so ist das ein ungeheurer Gewinn für unser ganzes Volk. Der Vorredner hat die Antwort des Vizepräsidenten auf die Frage des Abg. v. Gehdebrand, ob der König bei Erlass der Wotschaft vom 11. Juli v. J. davon unterrichtet gewesen wäre, daß zwischen der überwiegenden Mehrheit des Abgeordneten-hauses eine Vereinbarung über ein Pluralwahlrecht zustande gekommen sei, das Rücksicht auf Annahme hatte, etwas unklar gefunden. Der Vizepräsident hat ganz klar und präzis geantwortet: Ja. (Zustimmung links.) Klarer und deutlicher konnte die Antwort nicht sein. (Erneute Zustimmung links.) Auch über die Stellung der Regierung zur Wotschaft ist gestern vom Vizepräsidenten des Staatsministeriums bereits eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Als wir vor die Frage der Annahme eines Ministeramtes gestellt wurden, mußten wir uns darüber schlüssig werden, was wir als nächste und wichtigste Aufgaben der inneren Politik — und das war in Preußen die Wahlrechtsfrage — betrachteten. Wir sahen uns der Lage gegenüber, daß die Allerhöchste Wotschaft ergangen war. Wir alle, die wir bereit gewesen sind, ein Ministeramt zu übernehmen, waren der Ueberzeugung, daß die Lage der Dinge unbedingte Erfordernisse, daß nicht nur eine Vorlage des gleichen Wahlrechts gemacht werde, sondern auch, daß die Regierung mit aller Energie und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintrete, daß sie auch Gesetz würde. Es war nicht bloß eine formelle Wendung, weil die Wotschaft da war, die uns dazu nötigte, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums die Ueberzeugung, daß, wie die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht

nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Beifall links), damit die Spannung, die in den allerwichtigsten Leben unseres Volkes besteht und die unser politisches Leben belastet und unserer Meinung nach nach Friedensschluß, wenn sie denn nicht gelöst wäre, unerträglich belasten würde, aufgehoben werde. Das ist unsere Ueberzeugung, als die ehrlicher Männer. Ein leiser Zweifel schien aus den Ausführungen des Vorredners darüber hervorzuleuchten, ob der Ministerpräsident gestern richtig und wirklich den Antrag Lohmann als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Sollte darüber noch ein Zweifel obwalten, so möchte ich ihn dahin beheben, daß

der Antrag Lohmann für die Regierung unannehmbar ist. (Beifall links.) Es ist darin auch ein plötzliches Moment, das damit zum Ausdruck kommt, daß durchgängig dem selbständigen Unternehmern auf alle Fälle eine Mehrheit gewährt werden soll. Selbständiges Unternehmertum ist nun einmal, wie unsere wirtschaftlichen Verhältnisse liegen, in über 90 Proz. aller Fälle von einem gewissen Vermögensbesitz abhängig. Ein sekundäres Moment können wir ganz unumgänglich als Grund für ein Mehrstimmrecht zulassen. Auch bei den anderen Momenten, die hierfür für eine Pluralstimmgebung maßgebend sein sollen, kommt selbst da, wo das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt wird, nämlich wo den Arbeitern eine Stimme gegeben werden soll, eine gewisse Erschwerung in Betracht, da er zehn Jahre in einem Arbeitsverhältnis stehen soll, und da das Moment nicht in dem Willen des Betroffenen liegt und deshalb niemals feststeht, ob der Einzelne jemals in seinem Leben eine Mehrstimme bekommen kann.

Wesentlich der Wirkung auf die Osmarckpolitik hat der Vorredner bezeugt, daß die Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten richtig seien, monach auch bei dem von der Kommission vorgeschlagenen Pluralwahlrecht eine Mehrheit für die bisherigen Osmarckpolitik nicht vorhanden sein werde. Ich weiß nicht, wie der Vorredner zu den Festlegungsgrundlagen seiner Berechnung gekommen ist. Statistische Berechnungen sind immer außerordentlich schwierig, und namentlich bei diesen Wahlsachen, wo man immer einen gewissen Wahrscheinlichkeitsfaktor ansehen muß. Wir sind auf Grund unserer Rechnung zu anderen Resultaten gekommen. Danach würde bei Annahme des Antrags Lohmann auf keinen Fall Mehrheit vorhanden sein, eine Mehrheit im Sinne der bisherigen

Hetziger Feuerkampf im Ranne Zoker und Drancoeter — Durchbruchversuch der finnischen Roten Garden — Wiborg genommen — Die deutschen Truppen in der Krim.

Berlin, 1. Mai 1918, abends. Amtlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Mai 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Zoker und Drancoeter zu größerer Heftigkeit auf. Frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten vergeblich gegen Drancoeter vorzudringen. Ihr mehrfacher Ansturm brach in unserem Feuer zusammen.

Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Royon und über den Duse-Rinne-Kanal bei Sarsnes brachten mehr als 50 Gefangene ein.

Au der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordöstlich von Tawastehus und bei Lahti zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Feodosia kampflös befehzt.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubadoff.

Stockholm, 1. Mai. Die „Aftonbladet“ aus Abo erzählt, ist der Chef der Roten Gardisten Kullerbo Manner bei der Einnahme von Wiborg in Gefangenschaft geraten.

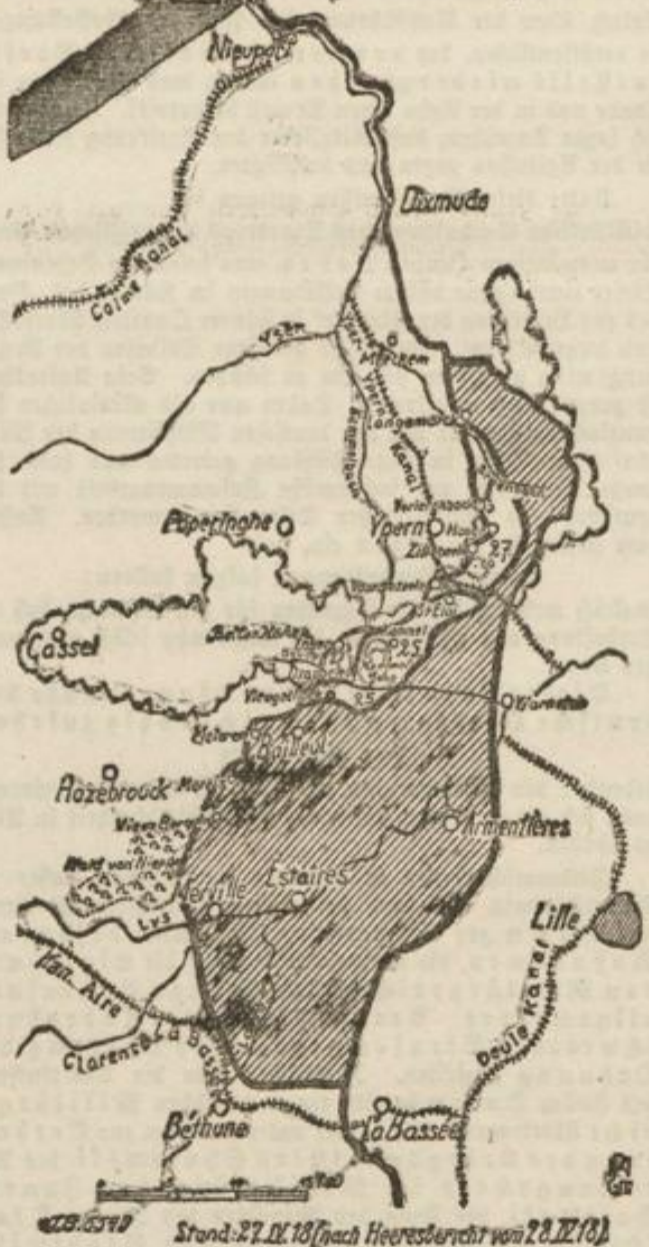
Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart:

Die regere Kampftätigkeit an der Südwestfront hielt auch gestern tagsüber an. An vielen Stellen wurden italienische Erkundungen vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Witze zu unserem Vortägigen Gewinn (schon fertig), sowie zu den Erfolgen von der Ostfront, die Kammelsberg an.



Stand: 27. IV. 18 (nach Heeresbericht vom 28. IV. 18)

Ostmarkenpolitik zusammen zu bekommen. Die Regierung hat in dieser Frage den Standpunkt eingenommen, daß es darauf ankomme, die positiven Maßnahmen zur Unterstützung des Deutschtums aufrechtzuerhalten und daß man allenfalls auf die repressiven Ausnahmemaßregeln gegen die Polen verzichten könne, die als Ausnahmegeetze empfunden würden. Das hat man in der Kommission nicht nur von freisinniger, sondern auch von Zentrumseite als einen Boden erklärt, auf den man in Zukunft wohl treten könnte. Die

Notwendigkeit der Erhaltung eines starken Deutschtums in der Ostmark

hat sich gerade während des Krieges dermaßen, auch bei den Parteien, die einer weitergehenden Polenpolitik bisher nicht zustimmten. Je mehr die Polen alles abweisen, was getan werden könnte, damit sie sich als unabhängige Glieder des preussischen Staates fühlen, desto stärker wird bei allen Parteien die Ueberzeugung werden, daß das Deutschtum in der Ostmark durch positive Maßnahmen gefördert werden müsse, auch bei denen, die die schärfere Polenpolitik bisher nicht unterstützen zu können glaubten. Die Zukunft wird anders aussehen, aber schwarz sehe ich sie nicht.

Es ist schon gesagt worden, daß Gemeindevahlrecht und Staatswahlrecht zwei verschiedene Dinge sind, die nach verschiedenen Gesichtspunkten gelöst werden müssen. Das wird auch ein Parlament des gleichen Wahlrechts anerkennen müssen. Der Vorredner hat als schweres Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht, daß wir damit

einer Ueberforderung der Sozialdemokratie

lebenden Auges entgegengesehen, aber gleichzeitig gemeint, daß die Sozialdemokratie aus dem Krieg die Lehre gezogen haben müsse, daß sie nur dann einen größeren Einfluß auf die Arbeiter und Massen haben würde, wenn sie sich auf nationalen Boden stelle. Wenn diese seine Auffassung richtig ist, würden seine eigenen Bedenken hinfällig werden. Wenn Sie ein Anwachsen der Sozialdemokratie in Preußen haben wollen, gibt es kein sichereres Mittel, als das gleiche Wahlrecht abzulehnen. Die Sozialdemokratie ist als Reservoir aller Unzufriedenen groß geworden. Bei einer Abschaffung des gleichen Wahlrechts wird man der großen Masse folgen können: in Deutschland gibt es eine, was der andere gibt, in Preußen ist das nicht der Fall. Damit geben Sie der Sozialdemokratie den schönsten und sichersten Agitationsstoff, den sie haben könnte. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie können sicher sein, daß dann die Zahl der sozialdemokratischen Anhänger in Preußen ganz ungeheuer ansteigen wird. Deshalb wäre das gewissermaßen eine Vogel-Strauß-Politik. Den Anteil der Sozialdemokratie an der Volksvertretung in Preußen können Sie nur durch das gleiche Wahlrecht zurückgewinnen. Wenn das gleiche Wahlrecht nicht kommt, besteht die Gefahr, von der der Herr Reichsminister sprach, daß dann das Wahlrecht, das Sie bekommen, viel radikaler sein wird. (Stürmischer und stürmischer Widerspruch rechts.) — Auf: Sie wollen aus Angst das gleiche Wahlrecht! — Große Unruhe links.) Ich tue hier meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit und trete mit meiner Person für meine Ueberzeugung ein. Solche Nummerung, daß ich durch Angst und Feigheit mich leiten lasse, möchte ich mir ganz energisch verbitten. (Lobender Lärm rechts.) — Stürmischer Beifall links, erneuter Lärm rechts, dauernde Ruhe links; Ruhe! Es ist meine Pflicht, darauf bestehen zu bleiben, daß das gleiche Wahlrecht nur das Wahlfest sein kann, das bei der Aenderung des jetzigen Zustandes eingeführt wird. (Stürmischer anhaltender Beifall links. — Widerspruch und Zischen rechts.)

(Schluß in der Beilage.)

Die feindlichen Gegenstürme auf Kammelsberg und Drancoeter.

Berlin, 1. Mai. (W. Z. B.) Auf dem Schlachtfelde in Flandern unternahm der Feind starke Angriffe gegen unsere Stellungen bei Langemarck, nördlich des Dorfes Kammelsberg und vor allem schiedlich hintereinander gegen unsere Linien westlich Drancoeter, die jedesmal unter ungeheuren blutigen Opfern restlos zusammenbrachen. Insbesondere mußten frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte bei Drancoeter im Kampf um Englands Brezige aufs schwerste bluten. Die rücksichtslos durchgeführten Angriffe, die beweisen, wie wichtig für den Gegner die dort verlorenen Stellungen sind, trugen durch die Ergebnislosigkeit der kostspieligen Anstürme lediglich dazu bei, die von der deutschen Führung beabsichtigte Beträumung der feindlichen Heeresmacht zu beschleunigen.

Nachdem bereits in der Nacht vom 29. zum 30. und am Morgen des 30. April drei feindliche Angriffe gegen Drancoeter zum Teil im Gegenstoß abgewiesen waren, brach um 10 Uhr 30 vormittags ein neuer starker feindlicher Angriff gegen unsere Linien westlich Drancoeter vor, der in frontalem und flankierendem Vernichtungsgeschoss schon vor den deutschen Infanteriestellungen zerfiel. 4 Uhr 30 nachmittags setzte schlagartig eine neue heftige Artilleriefeuer zwischen Brulcege und westlich Drancoeter ein. Dem starken Feuer folgte 5 Uhr 15 nachmittags ein tiefgegliederter feindlicher Angriff, der ebenfalls unter schweren feindlichen Verlusten abgelenkt wurde. Trotz der wiederholten Mißerfolge gab der Feind seine verzweifelten Angriffsvorhaben nicht auf und trat an der gleichen Stelle gegen 10 Uhr abends nochmals mit starken Kräften zum Sturm an. Wiederum brach dieser nach schweren Blutopfern des Feindes vor dem deutschen Linien zusammen. Der 30. April brachte damit den frisch eingesezten Divisionen des Generals Koch eine schwere Niederlage.

Berlin, 1. Mai. Der Bahnhof Hazebrouck lag am 29. April unter zusammengefaßtem deutschen Feuer. Einwandfrei wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind beobachtet.

Berlin, 1. Mai. An der Front zwischen Duse und Awe sehen die Franzosen ihre feberhafte Schanzentätigkeit fort. Diese Arbeiten sind infolge des deutschen Feuers, das mit gleicher Heftigkeit auf Anmarschwegen, Ortshäusern und Unterständen, Infanterie- und Artilleriestellungen liegt, für die Franzosen mit außerordentlichen Verlusten verbunden. Die Franzosen erwidern vor allem das Feuer auf die Ortshäuser und haben bereits die Städte Montbidier, Royon und Roye sowie zahlreiche Dörfer in wüste Trümmerhaufen verwandelt. Die französische Infanterie dagegen zeigt sich außerordentlich wenig reger. Ihre Vorposten weichen den häufigen deutschen Patrouillenvorstößen mit Vorliebe aus. Eigene Patrouillen schießen die Franzosen nur in erheblicher Stärke vor, so in der Nacht vom 28. zum 29. einen Stoßtrupp in Stärke von hundert Mann, der bei Chauny sich den deutschen Linien zu nähern versuchte. Er wurde blutig abgewiesen und ließ mehrere Tote vor den deutschen Gräben liegen.

Englischer Bericht vom 30. April abends. Bei dem erfolgreichen Gegenangriff, den die französischen Truppen in der letzten Nacht

bei Zoker

aussführten, wurden 95 Gefangene gemacht. Abgesehen von örtlichen Kämpfen an verschiedenen Punkten fand tagsüber Infanterietätigkeit nicht statt. Weitere Meldungen bestätigten, daß die feindlichen Verluste bei dem ergebnislosen Angriff am gestrigen Tage sehr schwer waren. Südlich der Somme wurden einige Gefangene durch unsere Patrouillen eingebracht. Außer der gewöhnlichen Artillerietätigkeit auf beiden Seiten ist weiteres nicht zu melden.

Englischer Heeresbericht vom 1. Mai morgens. Gestern wurde ein örtlicher Angriff des Feindes auf einen unserer Posten in der Nähe von St. Julien durch Maschinengewehrfeuer abgelenkt. Vom Feinde im Abschnitt von Metzen gehaltene Posten wurden während der Nacht von unseren Truppen überfallen und von uns einige Gefangene eingebracht. Eine erfolgreiche kleinere Unternehmung, die in der letzten Nacht von französischen Truppen ausgeführt wurde, verbesserte die von ihnen in der Nähe von Zoker gehaltenen Stellungen.

Französischer Heeresbericht vom 30. April abends. Tagsüber heftiges Geschützfeuer in der Gegend von Hangard. Im Abschnitt von Royon rief ein deutscher Angriff ein lebhaftes Geschütz hervor. Unsere Truppen warfen den Feind aus den vorgeschobenen Gräben, wo er zuerst Fuß gefaßt hatte, hinaus und stellten ihre Linie wieder her. Patrouillenzusammenstöße auf dem linken Disseufer. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Französischer Heeresbericht vom 1. Mai nachmittags. Nüchtern festige Artillerietätigkeit in der Gegend von Billers-Vretonneug und auf beiden Abreusern. In Lastringen machten französische Patrouillen Gefangene. Nüchtern Nacht auf der übrigen Front.

Zweiter Tag der Wahlrechtsdebatte.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. Dr. Bachmide (Sp.):

Der Ministerpräsident hat eine Verständigung über die Wahlrechtsvorlage für möglich gehalten. Ich verstehe das von seinem Standpunkt aus und in diesem Stadium der Beratung. Auf der rechten freilich finden wir nur den alten Starrsinn. Wir wollen abwarten, ob es zur Verständigung kommt. Jedenfalls gibt es für uns

eine Grenze der Verständigung.

eine Grenze dessen, was uns an Sicherungen zugemutet werden kann. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr von Heubrand hat zur Rechtfertigung des alten Wahlrechts auf die starke Vertretung des Mittelstandes im Abgeordnetenhaus hingewiesen. Wo ist aber der Mittelstand in der Partei der Konservativen und in der Partei des Herrn Lohmann? Wir haben doch das gleiche Wahlrecht in ganz Süddeutschland, in den mitteldeutschen Staaten, haben es im Ausland, in Monarchien und Republiken; haben diese Staaten irgendwelche Nachteile dadurch gehabt? Hat denn die Demokratie etwa in England gehindert, eine planmäßige, fluge Politik zu führen? Sehen wir nicht auch einen glänzenden Aufschwung vor allem im Deutschen Reich selbst und zwar unter der Herrschaft des gleichen Wahlrechts. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr von Heubrand meint, das Meer sei auch geliebert und darum mühten auch die Wähler geliebert werden. Selbstverständlich muß das Meer straff organisiert sein; es ist doch aber kein Beweis für die Frage des Wahlrechts. Wir wollen es doch den Männern nicht antun, die das Vaterland gerettet haben, daß sie

bei ihrer Rückkehr fortgesetzt und massigiert

werden. (Stürmische Zustimmung links.) Unsere Truppen werden uns dank wissen, wenn wir ihnen ein freieres Vaterland bei ihrer Rückkehr verschafft haben. Wir wollen eine staatsrechtliche Form schaffen, die der Selbsten wert ist. (Bravo! links.)

Wir dürfen die Stimmung, wie sie beim Empfang der Kreitervertreter durch den Reichskanzler zum Ausdruck gekommen ist, nicht verderben. Wenn aus diesem Kriege keine anderen Früchte als schwere neue Steuern hervorgehen sollten, wenn keine innere Besserung erfolgen sollte, dann muß eine tiefe Enttäuschung, eine gefährliche Verbitterung eintreten. Wollen Sie von den Konservativen und dem rechten Flügel der Nationalliberalen die Geschäfte der Unabhängigen führen? Durch nichts wird die Krone mit dem Volke enger verbunden, als dadurch, daß das Volk bei der Krone Verständnis und Vertrauen findet. (Sehr richtig! links.) Es schädigt das Ansehen der Monarchie, wenn

der ungekrönte König einflußreicher als der gekrönte

ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn es in der Politik nicht nach dem Willen der Rechten geht, dann läßt sie die Minister nicht einmal zu Worte kommen. So kann es nicht weitergehen. Geben Sie der neuen Zeit ihr Recht. Die Krone darf in diesem Kampf ums Wahlrecht keine Niederlage erleiden. Es geht nicht auf dem Spiel. Was geschehen muß, muß bald geschehen. Graf Hertling steht mit dem gleichen Wahlrecht. Auch die anderen Minister. Die Erregung, die ein Ministersturz hervorrufen würde, wäre ebenso groß wie die eines Wahlschlages.

Präsident Graf Schwerin-Köslig ruft gegenüber Vorschlägen des Vordredners, daß über die Reihenfolge der Abstimmungen erst nach Schluß der Aussprache entschieden werden soll.

Abg. von Heubrand (L.): Der Minister des Innern hat sich mit großer Entrüstung gegen einen Vorwurf gewandt, der aus dem Munde meiner Freunde gekommen sei, und ihm Angst und Schrecken dorgeworfen haben soll. Ich habe festgestellt, daß ein solcher Vorwurf von meine Freunden nicht erhoben wurde.

Abg. Lüdicke (fl.):

Wir sind völlig einig darin, daß die Wahlrechtsvorlage in dieser Zeit nicht kommen durfte. Wir sind überzeugt, daß das gleiche Wahlrecht nicht zum Segen Preußens sein wird. Die große Mehrheit meiner Freunde wird nicht dafür eintreten. Wir können die Verantwortung dafür nicht tragen, weil das gleiche Wahlrecht den Bestand des preussischen Staates gefährdet. Wir bedauern den Konflikt im Interesse Preußens, aber wir wissen uns frei von jeder Schuld. Wir sind zum Wahlkampf bereit, wir zweifeln aber, ob die Regierung gewillt ist, einen Wahlkampf zu entfesseln, wie ihn Preußen noch nicht erlebt hat. Das gleiche Wahlrecht ist ein Sprung in s Dunkele. Wir wollen nicht dazu beifällig sein, in Preußen den Parlamentarismus und ein Scheinbündnis aufzurichten. Die Zustände unter dem Reichstagswahlrecht sind durchaus nicht so glänzend, es könnte manches besser sein. Ich zweifle, ob der Wahlschlag an der Wazne eingetreten wäre, wenn die allgemeine Wehrpflicht damals restlos durchgeführt gewesen wäre. Bayern kann das gleiche Wahlrecht ertragen, da dort das Zentrum eine feste Mehrheit hat.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Der Ausschuß hat sich mit einem Fleiß, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, bemüht, die Vorlage so zu verschlechtern, daß sie für alle wirklichen Wahlrechtsfreunde ebenso unannehmbar geworden ist, wie für die Regierung. Das gleiche Wahlrecht soll durch ein völlig plutokratisches Mehrstimmigenwahlrecht ersetzt werden. Im Kriege hat gerade

der einfachste Mann die schwersten Opfer

gebracht; diejenigen aber, die Gut und Blut auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, sollen weniger Stimmen erhalten als die, die in der Heimat ihrem Geschäft nachgehen konnten oder gar auf Kosten ihrer Mitmenschen Kriegsgewinne erzielt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich stelle öffentlich fest, daß an der Behauptung, auch Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hätten sich im Juli v. J. für das Pluralwahlrecht ausgesprochen, nicht ein Wort wahr ist. Auch in dem „Vorwärts“-Artikel über die Osterbotschaft steht kein Wort, das sich mit einem Mehrstimmigenwahlrecht einverstanden erklärt. Wie konnte der Vordredner ein Scheinbündniswahlrecht als demokratisch bezeichnen? Die große Mehrheit der Wähler würde nach wie vor entrechtet bleiben. Abg. Lohmann hat ausdrücklich die Aufstiegsfähigkeit der breiten Masse des Proletariats in den Mittelstand verneint; wie kann man aber dann dem plutokratischen Mehrstimmigenwahlrecht zustimmen? Es ist unrichtig, daß jeder Aufwärtsstrebende Zusatzstimmen bekommen kann. Die Zusatzstimme für Alter und Kinderzahl wird der großen Mehrheit von Arbeitern, die in gesundheitsgefährlichen Berufen beschäftigt sind, nicht zuteil werden. Wenn im Ausschuß gesagt wurde, jeder Arbeiter könne mit Leichtfertigkeit 6000 M. sparen und dadurch die Zusatzstimme für Vermögen erwerben, so trifft das einmal nur für einen ganz geringen Teil der Arbeiterschaft zu, aber selbst das nur deshalb, weil infolge des Rohstoffmangels die notwendigen Anschaffungen nicht gemacht werden konnten. Auch zur Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeit ist ein gewisses Vermögen erforderlich und in den allermeisten Fällen auch zur Erlangung höherer Schulbildung. Der neue Antrag Lohmann ist ein Ausnahmefall gegen die Arbeiterklasse und gegen die Kriegsbefähigten sowie gegen die Kriegsteilnehmer überhaupt. Die Selbst-

rändigen und Beamten in leitender Stellung sollen die Zusatzstimmen nach einjähriger Tätigkeit erhalten, die Angestellten und Arbeiter erst nach sechsjähriger. Alle Saisonarbeiter würden hierüber ausgeschlossen sein. Aber auch die Kriegsbeschäftigten, denn diese werden natürlich bei wirtschaftlichen Krisen zuerst entlassen werden.

Wie kann das gleiche Wahlrecht ein Sprung ins Dunkle sein, wenn wir es im Reich schon seit Jahrzehnten haben und ebenso in vielen Bundesstaaten. In seiner Besorgnis vor einer Gefährdung Preußens kommt nur die

Angst vor einer anderen Zusammensetzung des Hauses

zum Ausdruck, bei der die freikonservative Fraktion zum größten Teil verschwinden würde. Parlamentarismus und gleiches Wahlrecht haben miteinander nichts zu tun. In Ländern mit durchaus freier Wahlrecht ist von Parlamentarismus nicht die Rede, und umgekehrt gibt es parlamentarisch regierte Länder mit einem Mehrstimmigen- oder noch schlimmerem Wahlrecht. Abg. Lohmann sprach von einer Ueberflutung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie und einer Unterdrückung anderer Parteien nach dem gleichen Wahlrecht. Heute ist es umgekehrt. Die Sozialdemokratie wird unterdrückt und die Konservativen überfluten das ganze öffentliche Leben in Preußen, obwohl sie sich nicht auf die große Masse der Wähler stützen können. Wollen Sie eine Unterdrückung anderer Parteien verhindern, so müssen Sie das Verhältniswahlrecht einführen in Verbindung mit dem geheimen und direkten Wahlrecht. Die jetzige Polenpolitik, deren Werdung beim gleichen Wahlrecht Abg. Lohmann befürchtete, haben wir stets bekämpft. Auch die Polen müssen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Uebrigens sind die Polen keineswegs eine Oppositionspartei. In allen Fragen der Kirche und Schule, in den Agrarfragen gehen sie mit der Mehrheit dieses Hauses zusammen. Die Gefahr, die angeblich Preußen beim gleichen Wahlrecht drohen soll, besteht nur in der Phantastie der Herren, die keine besseren Gründe haben. Wenn Abg. Lohmann meinte, daß die Leute nur dadurch, daß man ihre Unzufriedenheit erregt und durch Versprechungen für die Sozialdemokratie gewonnen werden, so irrt er. Ein großer Teil unserer Anhänger wird uns

durch die Taten der reaktionären Parteien

zugeführt, vor allem auch wieder durch die Tat der Kommission, die das gleiche Wahlrecht unter so wichtigen Vorwänden verworfen und durch ein plutokratisches Wahlrecht ersetzt hat. Den Sieg des Sozialismus können Sie nicht verhindern, wenn Sie noch soviel Sicherungen dagegen aufrichten. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Was die Mitwirkung auf das Gemeindefeldwahlrecht betrifft, so sind wir stets für das gleiche Wahlrecht auch in den Gemeindefeldvereinigungen eingetreten. Wir wollen eben ein in allen Gliedern demokratisches Preußen haben. Erst dann kommt der Wille des Volkes, der uns noch immer als der höchste Wille gilt, wirklich zur Geltung. In der Kommission hat man sich nun nicht geschämt, von der angeblichen Unreise des deutschen Volkes zu sprechen. (Hört! hört! d. d. Sozialdem.) Das bietet man dem Volke, durch dessen Einstehen es überhaupt erst möglich geworden ist, diesen Krieg nach außen siegreich zu führen und im Innern durchzuhalten. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Sie mögen das gleiche Wahlrecht jetzt zu Fall bringen, die Macht haben Sie. Aber glauben Sie nicht, daß der Wahlkampf dann zur Ruhe kommt. Keine Macht der Welt wird imstande sein, dem Volke seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung auf die Dauer streitig zu machen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Graf Spoe sprach von der Stimmung an der Front. Ich bezweifle, daß er die wirkliche Stimmung kennt. Kommt denn ein Major im Divisionsstabe in Berührung mit den gewöhnlichen Soldaten? Was er vorgebeten hat, mag die Stimmung in gewissen Offizierskreisen sein, aber nicht die Stimmung der großen Masse an der Front. Und wie die Stimmung der Arbeiterklasse im Innern ist, das beweist die Keuschung aus dem „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften“: „Alle Schichten des deutschen Volkes und die unteren am meisten, haben ihre Wäntel in diesem Kriege gewechselt und haben damit Anspruch darauf, über die Geschichte des Vaterlandes in voller Gleichberechtigung mitzubestimmen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es unter keinen Umständen zugeben, daß sie

um den Preis ihrer Opfertaten betrogen

werde.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So denken also die Gewerkschaften, die in der Zentrumspartei ihre parlamentarische Vertretung erblicken. Wenn ein Teil des Zentrums jetzt gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, so setzt es sich damit nicht nur mit der Stimmung dieser Arbeiterklasse in Widerspruch, sondern auch mit dem, was von jeder das Zentrum durch seinen hervorragendsten Führer programmatisch in diesem Hause vertreten hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch theoretische Gegner des gleichen Wahlrechts können sich heute der Erkenntnis von der Notwendigkeit seiner Einführung nicht mehr verschließen, so z. B. der bekannte Prof. Eiser-Sonno.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Wahlrecht unabhängig von den Steuern sein soll, und daß es nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen eingeräumt werden muß. Der Krieg hat diese Forderungen glänzend gerechtfertigt. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) England ist zum Frauenwahlrecht übergegangen, es weiß genau, daß es zum Wiederaufbau nach dem Kriege auf die Mitarbeit und Mithilfe der Frauen angewiesen ist. Auch Norwegen, Finnland, Holland und andere Staaten haben im Kriege das Frauenwahlrecht eingeführt. Im übrigen haben wir unsere grundsätzlichen Wahlrechtsforderungen wieder als Antrag eingebracht. Schließlich beantragen wir die Streichung der Ausnahmebestimmung für Berlin, wonach für die Ortsansässigkeit in Berlin der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinde tritt. Durch diese Bestimmung würden diese Berliner Wähler ihres Wahlrechts beraubt werden.

Für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts scheint die Regierung nicht an eine sofortige oder baldige Auflösung des Hauses zu denken. Der Ministerpräsident sprach von neuen Sicherungsanträgen. Aber entweder die Sicherungen sind so, daß ein großer Teil der Nationalliberalen oder Freikonservativen ihnen zustimmen, dann müßte die Linke sich fragen, ob um den Preis solcher Sicherungen das gleiche Wahlrecht nicht zu teuer bezahlt sei; oder die Sicherung genügt den Wahlrechtsgegnern doch nicht, dann würde alles so bleiben wie bisher. Da eine Verfassungsmäßigkeit nicht zu erblicken ist, halten wir es für das Richtige, daß die Regierung in zweiter Lesung, wenn sie eine Mehrheit nicht findet,

das Haus auflöst.

Zeigt die Regierung, daß sie nicht mit sich handeln läßt, dann leistet sie dem Volke den besten Dienst und so wird sie am ehesten die neue Wahlrechtsvorlage durchbringen.

Die Erschütterungen, die der Vordredner vom Wahlkampf befürchtet, sie sind da. Beim Wahlkampf würden die Parteien in Anhänger und Gegner des gleichen Wahlrechts zerfallen. Auf der einen Seite würde die ungeheure Zahl der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Männer der Wissenschaft, auf der

anderen Seite die kleine Zahl der Agrarier und der Schwerindustrieellen stehen. Da müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Mehrheit sich nicht aus Anhängern des gleichen Wahlrechts zusammenschließen sollte. Die Feldbauern sind von der Entscheidung auch ausgeschlossen, wenn wir nach Beendigung des Krieges zu neuen Wahlen schreiten, denn unter dem Dreiklassenwahlrecht würden alle Feldbauern, da sie wirtschaftlich ruiniert sind, in die dritte Abteilung geraten, also von Kriegsgewinnern und Vergleichen überstimmt werden. Die Feldbauern würden dann ebensowenig zu reden haben wie jetzt; aber sie würden all dem dankbar wissen, die mit uns für das gleiche Wahlrecht kämpfen, wenn wir es ihnen möglich machen, in ein Vaterland zurückzukommen, in dem sie sich wirklich heimisch fühlen können. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Freilich dürfte nicht durch die Militärdiktatur die Agitation für das gleiche Wahlrecht unmöglich gemacht

werden, wie das heute immer wieder geschieht. (Hört! hört! links.) Wenn die unverantwortlichen Einflüsse aufhören, dann wird schon unter dem Dreiklassenwahlrecht eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zustande kommen. Nicht durch die Einführung, sondern durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde der Siegeswille gelähmt werden. Das hat auch Dr. Friedberg erklärt. Die Gegner wollen mit Gewalt der Einführung Einhalt tun. Aber das gleiche Wahlrecht wird kommen, denn es muß sich durchsetzen als eine geschichtliche Notwendigkeit. Koch haben Sie es in der Hand, zu entscheiden, ob die Entwicklung sich friedlich oder in anderen Bahnen, die wohl feiner von uns wünschenswert sind, vollziehen wird. Es handelt sich nicht um eine preussische, sondern um eine deutsche Frage. Das „preussische Regiment“ ist mit einer Ursache dafür, daß wir so wenig Freunde in der Welt haben. Und immer wieder werden von den Rechten Aufregungen in solchem Sinne gemacht, wie noch Ieghin vom Abg. v. Bogen, der erklärte, die Belgier könnten gar nicht genug Gott dafür danken, daß man endlich Ordnung in ihr verrottetes Land gebracht habe. Wir wollen nicht, daß dem Haß gegen Preußen und gegen Deutschland neue Nahrung gegeben wird durch das Beharren einer Feinde, die ihre Herrschaft nur noch einem überlebten Wahlsystem verdankt.

Die Sozialdemokraten Preußens hat geschlagen. Das alle Preußen sich fürzen, aber ein neues, besseres Preußen sich aus seinen Trümmern erheben. Beweisen Sie, daß die große Zeit kein kleines Geschick finde. Lassen Sie die Gelegenheit, die sich jetzt für Sie bietet, nicht ungenützt vorbeiziehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ströbel (U. Soz.):

Die Konservativen wollen es offenbar auf die rückfällige Rechteprobe, auf den Kampf bis aufs Messer, mit dem Volke ankommen lassen, das ihnen wohl gut genug ist als Kanonenfutter, dem sie aber gleiche Bürgerrechte vorenthalten wollen. Dagegen wird das arbeitende Volk den schärfsten Kampf führen müssen, aber auch gegen die Regierung, die gestern schon erkennen ließ, daß sie mit sich reden lassen werde. Bei einer Auflösung des Hauses allerdings würden die Konservativen nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren haben. Doch es hat nicht den Anschein, als ob die Regierung es darauf ankommen lassen will. Die Rede des Ministerpräsidenten war eine einseitige Einladung zum reaktionären Ruhhandel auf Kosten der Volkrechte. Durch allerdings „Erhebungen“ will man das gleiche Wahlrecht wieder aufheben und das künftige Abgeordnetenhaus zu politischer Ohnmacht verurteilen. Mehr als zwei Millionen Wähler sehen nach der Fassung der Kommissionsbeschlüsse des Wahlrechts verlustig. So danken Sie den Kriegsteilnehmern! Man vertont eben auf die Langmütigkeit des deutschen Volkes, aber man täuscht sich nicht über die Stimmung. Die Bestimmung über den Wahlkreis bedeutet eine neue Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts, eine Ausnahmebestimmung für die großen Massen der Arbeiter. Der Entwurf ist also lediglich eine Vorprojektion des gleichen Wahlrechts, vor allem auch durch die Vorenthaltung des Wahlrechts an die Frauen. Auch die Fortschrittler erweisen sich als lediglich platonische Freunde des Frauenwahlrechts. In England haben bereits sechs Millionen Frauen das Wahlrecht zum Parlament. Leider fordert die große Masse der Frauen bei uns durch ihre stumpfe Gleichgültigkeit in politischen Fragen die Nichtpolitik der Rechten geradezu heraus. — Das Pluralwahlrecht der Kommission läßt sich mit Vernunftgründen überhaupt nicht rechtfertigen. Aber die Absicht geht überall klar dahin, die großen Massen des Proletariats zu benachteiligen. Der Abg. Hirsch hat diese ganzen Bestimmungen und auch den Antrag Lohmann mit Recht eine Verschönerung der Arbeiter genannt. Doch auch ohne diese Verschönerung ist, wie gesagt, die Vorlage so undemokratisch, daß jeder wirkliche Freund der Demokratie die Vorlage ablehnen muß. (Bravo! bei den U. Soz.) Die Regierung hat ja selbst erklärt, daß, wenn diese Vorlage fällt, ein viel radikaleres Wahlrecht kommen wird. In der Tat: dann wird das Volk in der Heimat und im Felde sich eine bessere Wahlreform erzwängen. Das Volk wird sein Recht erobern, es ist ja gerade jetzt nicht wehrlos. Mögen auch die Regierungsoffizianten sich jetzt auf die Seite des Volkes stellen. Fürchten Sie sich nicht vor dem Vorwurf des „Landesverrats“. Das Volk weiß, wo die wahren Landesverräter am Volke sitzen. Der Wahlrechtskampf der Zukunft wird alle Widerstände hinwegfegen. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag, 11 Uhr, verlegt.

Reichstag.

156. Sitzung, Mittwoch, 1. Mai 1918, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Stein, Schenk.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betreffend

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Abg. Becker-Arnberg (Z.): Bei der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung handelt es sich um eine alte Forderung des Zentrums, denn zweifellos bedeutet dieser Paragraph ein Ausnahmefallgesetz, das unbedingt fallen muß. Allerdings bedarf das Koalitionsrecht nicht nur der hier vorgezeichneten negativen, sondern auch einer positiven Regelung. Dem eingebrachten Entwurf stimmen wir ohne Ausschußberatung zu.

Abg. Ebert (Soz.):

§ 153 ist ganz zweifellos ein Ausnahmefallgesetz, denn gegen Arbeitgeber ist er nicht anwendbar, sie haben genügend wirtschaftliche Möglichkeiten, um dem Paragraphen aus dem Wege gehen zu können. Das gibt ganz unumwunden jetzt auch die Regierung in ihrer Begründung zu. Der Paragraph hat einen so vieldeutigen und gefährlichen Charakter, daß selbst bei den harmlosesten Zusammenstößen in wirtschaftlichen Kämpfen auf harte Gefängnisstrafen für Arbeiter erkannt worden ist. Dem allgemeinen Rechtsempfinden wird mit diesem Paragraphen geradezu ins Gesicht geschlagen. Rein Bundes, daß seine Handhabung zu einer ständigen Quelle

Heftiger Kritik für die Arbeiter werden muß. Alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ohne jede Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung ihrer Mitglieder stimmen in der Beurteilung dieses Paragraphen überein. Seine Handhabung bildet

ein recht häßliches Kapitel.

das bei der innerpolitischen Entwicklung des Reiches eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und hoffentlich mit dem heutigen Tage seinen Abschluß findet. Wir verlernen keineswegs, daß auch nach der Annahme der Vorlage noch ernste Gefahren für die Ausübung des Koalitionsrechts bestehen. Sind doch Arbeiter, die im wirtschaftlichen Tageskampf lediglich die Interessen ihrer Kameraden vertreten, auf Grund des Erpressungsparagraphen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Auch ist mit der Annahme der Vorlage leider noch nicht allen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert. Der Gesetzgebung bleibt hier noch eine große und dringende Aufgabe, doch wäre es verfehlt, die heutige Vorlage damit zu belasten. Sie bildet einen erfreulichen Fortschritt, und diesen gilt es zunächst sicherzustellen. Wir sind deshalb mit der glatten Erledigung ohne Kommissionsberatung einverstanden und werden der Vorlage zu stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dose (Rp.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Altkonkurs hat seinerzeit den Anstoß dazu gegeben, statt der Einzelverträge Kollektivverträge von Organisation zu Organisation zu schaffen. Hier liegt eine Ausnahmestimmung vor, die beseitigt werden muß.

Abg. Dr. Junk (natl.): Eine Kinderheit meiner Freunde hat Bedenken gegen die Vorlage, die Mehrheit meiner Freunde dagegen stimmt ihr ohne Kommissionsberatung zu.

Abg. Schiele (L.): Es handelte sich hier nicht um eine soziale, sondern auch um eine politische Frage. Fällt der § 168 der G.O., so werden die wirtschaftlichen Kämpfe eine noch größere Erbitterung annehmen. Man kann hier nicht von einem Ausnahmegesetz sprechen, sondern der Paragraph soll Schutz gegen den Terrorismus der Streitenden geben. Wir können seine Aufhebung daher nicht billigen. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Behrens (D. Frak.): Die Gewerkschaften haben alles getan, um das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen. Ihrer einmütigen Forderung muß man also Rechnung tragen.

Abg. Jüdel (N. S.): Auch meine politischen Freunde begrüßen die Regierungsvorlage und erblicken in ihr einen Fortschritt. Gerade der Abg. Schiele ist am wenigsten befangen, aber Terrorismus zu sprechen — gehört er doch jenen Kreisen an, die den schlimmsten Terrorismus gegen nichtwillige Unternehmer ausgeübt haben.

Abg. Rowinski (Pol): erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Die Debatte schließt. Die zweite Lesung wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Hr. v. Stein:

Wir müssen die Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf, den uns die Feinde für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das ernstlichste androhen, zusammenhalten. Eines der wichtigsten Probleme ist dann die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Die Millionen, die den Lebensnot ausgleichen und den Arbeitskittel anzulegen werden, werden dann den Arbeitsmarkt sehr verändert wiederfinden, daß dann keine schweren Erschütterungen eintreten, muß eine unserer Hauptaufgaben sein, und dazu soll auch das Arbeitskammergesetz dienen. Auf dem Gebiet der Regelung des Arbeitsnachweises bietet sich der einschlägigen Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein weites Feld der Tätigkeit. Ein dauerndes Zusammenarbeiten ist aber nur denkbar bei genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, und deshalb halten wir an dem

fachlichen Aufbau der Arbeitskammern

fest. Auch die Bedenken gegen die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter in das Gesetz, die bei der Vorlage von 1911 bestanden, glaubte die Regierung jetzt zurückstellen zu sollen. Das Gesetz soll die nach dem Kriege kommende Entwicklung fördern und schwere Erschütterungen verhüten.

Abg. Schiffer-Borlem (Z): Wir begrüßen die Vorlage, jedoch bedarf sie in wesentlichen Punkten noch der Verbesserung. So wird die Frage ernstlich zu prüfen sein, ob der Aufbau der Arbeitskammern eine räumliche oder sachliche Grundlage haben soll. Weiter wären besondere Arbeiterabteilungen bei den Arbeitskammern zu wünschen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Kammern würde dann erheblich größer sein. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Abg. Legien (Soz.):

Die Vorlage ist befeelt von dem Geist, den wir in der Arbeitergesetzgebung stets hatten, nämlich dem Geist des Nichttrauens gegen die Arbeiter. Die Arbeitskammern sollen ja nicht für die Unternehmer, sondern für die Arbeiter geschaffen werden, wie auch die Regierung in der Begründung hervorhebt. Dann hätte man aber die Wünsche der Arbeiterorganisationen berücksichtigen sollen. Als der erste Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Schwander aus dem Amte schied, erklärte er unserem Kollegen Bauer, alle sozialen Gesetze würden einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengefügten sozialen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden. Bisher haben wir von dieser Kommission nichts gehört. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und auch diese Vorlage hat einer solchen Kommission nicht vorgelegen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben seinerzeit einen eingehenden Arbeitskammergesetzentwurf ausgearbeitet. Die dort niedergelegten Wünsche sind in dem vorliegenden Entwurf aber übergegangen. Dabei hätte doch die Regierung gerade hier Gelegenheit gehabt, in großzügiger Weise zu zeigen, daß sie für die Arbeiter nicht nur Worte, sondern auch Taten hat. Aber trotz der vier Kriegsjahre zeigt sich in dem Entwurf ein kleinlicher Geist des Nichttrauens gegen die Arbeiter. Deutlich zeigt sich das bei den Bestimmungen über die Einbeziehung der Eisenbahnbetriebe. Im Entwurf von 1910 waren nach dem Beschluß des Reichstages nur die Fabriken und Werkstätten einbezogen. Jetzt ist in der Vorlage statt des Wortes „Arbeitnehmer“ durchweg das Wort „Arbeiter“ gesetzt. Die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter hat also nur die unwesentliche Bedeutung, daß nur die Streckenarbeiter hinkommen. Dazu aber wird

für die Eisenbahnarbeiter ein Ausnahmerecht

geschaffen, denn sie sollen nur durch den Arbeiterschutz in indirektem Verfahren Mitglieder der Arbeitskammer wählen. Dann wird noch der Versuch gemacht, in dieses Gesetz ein kleines Streikverbot für die Eisenbahner und Postbeamten hineinzubringen, denn in § 45 Absatz 2 heißt es in einem Nebenatz, daß in diesen Betrieben weder eine Betriebsbestimmung noch eine Arbeitsniederlegung zulässig ist. In der Weise läßt sich diese unstrittige Frage nicht lösen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hält an der beruflichen Gliederung der Arbeitskammern fest. Für ihre berufliche Vertretung bedürfen die Arbeiter der Arbeitskammern nicht, aber alle die Berufsgruppen, in denen starke Organisationen nicht vorhanden sind, werden dadurch von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Wir müssen die territoriale Gliederung verlangen. 1886 wollte die preussische Regierung das Koalitionsverbot für Sonderarbeiter auf-

heben, nicht aus Zweckmäßigkeit, sondern aus Gerechtigkeit. Der jetzige Entwurf schließt die Sonderarbeiter aus, wir müssen sie aus Gerechtigkeit in die Arbeitskammern einbeziehen. (Sehr richtig!) Der Aufbau dieses Gesetzes hätte der Regierung Gelegenheit zu einem einheitlichen Aufbau der gesamten Bestimmungen der Arbeiterschaft geben können. In der Kommission werden wir bemüht sein, einen solchen einheitlichen Aufbau herbeizuführen. Unseren Wünschen entspricht der Entwurf nicht im entferntesten. Die Kommission wird gründliche Arbeit machen müssen. Wenn der Arbeiterschaft nicht sehr schwere Enttäuschung bereitet werden soll, wird der Entwurf nicht nur in seinen einzelnen Teilen, sondern in seinen Grundzügen umgestaltet werden müssen. (Sehr großer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weinhausen (Rp.): Der Vordruck hat nur Schattenseiten in dem Entwurf gesehen. Er ist aber doch der erste Schritt dazu, den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung zu geben. Und deswegen begrüßen wir ihn mit Freuden. Zu bedauern ist, daß die Sonderarbeiter von ihm ausgeschlossen sind. In der Kommission werden wir uns bemühen, diesem Mangel abzuhelfen.

Abg. Joller (natl.) beantragt die Ausnahmestimmungen für die Eisenbahnarbeiter, die die Kommission beseitigen möge.

Abg. Dr. Wildgrube (L.) bestreitet, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern starke Interessengemeinschaft bestehen müssen und verlangt die Aufrechterhaltung des § 163.

Abg. Behrens (D. Frak.) tritt für die Einbeziehung der Sonderarbeiter in das Gesetz ein; andernfalls müßte der Entwurf abgelehnt werden.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag, 1. Okt.

Schluß: 6 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Um das gleiche Wahlrecht.

Gegen die Proklamation der dritten Volksliste durch die Reaktionskräfte des preussischen Dreiklassenparlaments protestierten von den sozialdemokratischen Organisationen berufene Versammlungen in Guben, wo ebenso wie in Betschan und Finsterwalde Reichstagsabgeordneter Wels über: „Deutsche Freiheit und preussisches Wahlrecht“ referierte. In Betschan, dem kleinen Spreewaldstädtchen, waren über 400, in Finsterwalde mehr als 1000 Personen anwesend.

Beitragsverhöhung.

Eine Konferenz der Ortsvereinsvorsitzenden der Kreisorganisation Cottbus-Spremberg beschloß sich eingehend mit der vom Parteiausschuss und vom Bezirksvorstand empfohlenen Einführung des Wochenbeitrags von 15 Pf. für männliche und 10 Pfennig für weibliche Mitglieder ab 1. Juli. Die Genossen erkannten einmütig die Notwendigkeit an, die Parteikasse zur Durchführung der bevorstehenden politischen Kämpfe durch einen um 5 Pf. erhöhten Wochenbeitrag zu stärken. Durch regelmäßige vierzehntägige Kaffierung soll die Beitragszahlung den Mitgliedern leichter gemacht werden. — Als Delegierter zu der am 2. Juni in Berlin tagenden Provinzialkonferenz wurde Genosse Jappan gewählt.

Genosse Alois Rühlbauer ist in München 70 Jahre alt geworden. Wer sich der schweren Zeiten erinnert, weiß, ein wie tapferer und schaffensreicher der Polizei wegen seiner Verschlageneit, den Parteigenossen wegen seiner Opferbereitschaft belammter Parteigenosse Alois Rühlbauer war. Seiner habhaft zu werden und ihn in einen Scheinverhaftungsprozess zu verwickeln, war das lebhaft Bemühen der Münchener Polizei. Später hat Rühlbauer in der Partei und in den Gewerkschaften Hervorragendes geleistet. Zehntausenden hatte er durch seine rastlose und sähle Arbeit im Arbeitersekretariat München ihre Recht beschafft.

Fortschritte in der oberrheinischen Parteibewegung.

Als fast allen Kreisen des oberrheinischen Agitationsbezirks wird ein ungemein lebhaftes Voranschreiten unserer Organisationen berichtet. In einer Konferenz des Wahlkreises Bonn-Rheinbach wurde festgestellt, daß Mitgliederstand und Parteiumfang um mehr als 150 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen sind. Als Reichstagslandtag wurde der Bezirksparteisekretär Genosse Börgel einmütig aufgestellt. In einer Parteikonferenz für den Wahlkreis Bergheim-Gudlitzsch wurde gleichfalls über erfreuliche Erfolge berichtet. Besondere Erwähnung ist hier der Zugang an neuen Parteimitgliedern in den Orten am härtesten, in denen von der Geistlichkeit auf der Kanzel und im Beichtstuhl gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht wird. Wir konnten in Orten Fuß fassen, die sich früher uns gegenüber streng ablehnend verhielten, und wo unsere Flugblattverteiler wiederholt Belästigungen ausgesetzt waren. Deshalb wurde über die Abtreibung von Versammlungsorten geklagt, wobei sich die Geistlichkeit besonders hervortun. Manches läßt darauf schließen, daß dabei noch einer bestimmten an einer Parteistelle anzugehenden Parole gehandelt wird. Als Reichstagslandtag für den Wahlkreis wurde einmütig Genosse Trimborn (Ahn) gewählt.

Marxheft der „Sozialistischen Monatshefte“. Das 10. und 11. Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ ist fast vollständig dem Andenken von Karl Marx gewidmet. Es enthält wertvolle Beiträge von Conrad Schmidt, Wilhelm Wlos, Wally Jexler, Gustav Mahler u. a. Besonders bemerkenswert erscheint uns ein Aufsatz von Hugo Lindemann über „Die ethische Triebkraft in Marx“, in dem verschiedenes zurechtgerückt wird, was von mißverständlichen Anti-Gehirnen des Marxismus verschoben worden ist. „Das Unkreuzige Wort von dem großen Meister, der die Menschen gelehrt habe, aufrecht zu stehen und ihr Gesicht zu den Sternen zu erheben, gilt in seinem höchsten sittlichen Sinn von Marx, der den Menschen nicht nur durch seine Lehre die Erkenntnis gebracht hat, sondern auch in seinem Leben Vorbild gewesen ist. Der Mann, der sein ganzes Leben, die vollste Kraft seines Geistes und seines Willens für die andere dahingegen, konnte es sich sparen, Moral zu predigen. Er lebte sie.“ — Ähnlich wertvolle Gedankengänge verfolgt ein Aufsatz „Marx und die Jungen“ von Otto Rosker, der den Ruf „Jugend zu Marx!“ erhebt in dem gleichen Sinne, in dem früher der Ruf „Jugend zu Kant!“ zum Ruhm unseres geistigen Lebens erhoben worden ist. — In einzelnen anderen Aufsätzen führt der auf sehr auf das Heißlich-Bohemische eingestellte Ton. Das Heft ist mit einer expressionistischen Porträtskizze, gezeichnet von John Doeber, geschmückt und enthält einen Reudrud des Marx'schen Artikels „Die Lann Rusland zum Sozialismus kommen“. In seiner Fülle bietet er den Lesern wertvolle Anregungen. (Der Preis dieses Doppelheftes beträgt 1,20 M.)

Soziales.

Änderung der Verfallsfristen in der Angestelltenversicherung.

Eine für die versicherten Angestellten und ihre Arbeitgeber ungemein wichtige Verordnung ist kürzlich durch den Bundesrat erlassen worden. Nach dem Versicherungsrecht für Angestellte erlischt jeder Anspruch auf die Versicherung für solche Angestellten, die durch Berufswechsel infolge von Arbeitslosigkeit und anderem aus der Versicherungspflicht auscheiden, wenn sie nicht in jedem Kalenderjahre mindestens 8 freiwillige Beiträge zahlen, oder bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vor Ablauf des Fälligkeit folgenden Jahres um Stundung dieser Beiträge einkommen. Diese an sich schon recht scharfe Bestimmung hat im Kriege besonders häufig zu Härten geführt, weil ein Berufswechsel ungewöhnlich

erfolgt ist. Die neue Bundesratsverordnung bestimmt nunmehr, daß die Rückzahlung der rückständigen Beiträge dem, die Einreichung eines Stundungsantrages nach Gültigkeit haben, wenn sie bis zum Ablauf des Kalenderjahres erfolgen, das dem Jahre des Kriegsendes folgt.

Ferner ist für alle diejenigen Fälle, in denen Arbeitgeber irrtümlich oder widerrechtlich die Beitragszahlung für ihre versicherungspflichtigen Angestellten unterlassen haben, die Verjährungsfrist, die nach dem Gesetz 2 Jahre beträgt, darauf verlängert worden, daß die Kriegszeit für diese Frist vollständig außer Anrechnung bleibt. Nähere Auskunft über die Bestimmungen erteilt das Arbeitersekretariat, SO. 16, Engelauer 15, und der Ortsausschuss Berlin der Angestelltenversicherung, W. 35, Flottwellstr. 4.

Rustergültiger Pachtvertrag mit einer Heimstätten-gesellschaft.

Die große Wohnungsnot in Lübeck macht — wie überall — die sofortige Herstellung von Kleinwohnungen notwendig. Infolgedessen ist mit einer Heimstätten-gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen worden, der folgende Bestimmungen enthält. Die Gesellschaft erwirbt vom Staate ein 250 Gewerkmeter großes Gelände zum Preise von 5 M. für den Viertelmeter und verpflichtet sich, darauf 12 Einfamilienhäuser zu errichten, die bereits am 1. Oktober 1918 bezogen werden können. Der Staat zahlt der Gesellschaft eine Wauprämie von 40 Proz. der Baukosten, die auf 58 480 M. berechnet worden sind. Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Wohnungen bis zum 15. August 1918 nur an Familien mit wenigstens 4 Kindern zu vermieten und auch später bei Vermietungen oder Verkauf kinderreiche Familien, besonders solche von Kriegsteilnehmern, zu bevorzugen. Sie trifft ferner Vorkehrungen, daß eine Spekulation mit diesen Grundstücken, auch wenn sie verkauft werden, ausgeschlossen bleibt. In dem Vertrage sind dann noch Bestimmungen über Ausstattungen und Einrichtungen der Wohnungen getroffen worden, sowie über Bestellung von Hypotheken.

Deutscher Jugendfürsorgetag. Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit hat beschlossen, gemeinsam mit anderen auf dem Gebiete der Jugendfürsorge arbeitenden Organisationen einen Deutschen Jugendfürsorgetag in Berlin zu veranstalten. Einziger Gegenstand der Verhandlungen ist die Frage: „Jugendämter als Träger der öffentlichen Jugendfürsorge im Reich“. Die hierzu zu erstellenden Einzelberichte sollen die Notwendigkeit des Ausbaues der öffentlichen Jugendfürsorge betonen, Forderungen für ein Reichsgesetz über Jugendämter aufstellen, Richtlinien für die Organisation der Jugendämter in Stadt und Land geben und die Zusammenarbeit der freien Liebestätigkeit mit den Jugendämtern zur Darstellung bringen. Als Referenten sind unter anderem Prof. Dr. Klumpp (Frankfurt a. M.), Direktor Dr. Baum (Stettin), Hr. Dr. Marie Krähne (Düsseldorf) und Lic. Siegmund-Schulze (Berlin) bestimmt worden.

Die Verhandlungen sind auf den 20. und 21. September festgesetzt.

Groß-Berlin

Ude Groschenfahrt!

Welche Nacht ist die Gewohnheit! Viermal bin ich am gestrigen Tage kurze Strecken mit der „Großen Berliner“ gefahren und konnte wohl zwei Duzend Fälle beobachten, in denen die Fahrgäste der Schaffnerin den allgemöhten Fahrgroschen hinhielten.

Doch die Opfergabe wurde streng zurückgewiesen. „Kostet jetzt fünfzehn oder —“ und dann folgten Belehrungen über Doppelfahrscheine, die 25 Pf., und Acht-Fahrten-Scheine, die 1 M. kosten.

Wiest das Publikum Zeitung? Ich glaube nicht. Denn ein großer Teil zeigte sich glänzend uninformiert über den Umsturz der Straßenbahngesellschaftsordnung, den uns der 1. Mai diesmal in Ermangelung eines anderen Umsturzes der Gesellschaftsordnung gebracht hat. „Kann ich damit auch auf anderen Linien fahren? Und morgen auch noch?“ Ein Schwarm ängstlicher Fragen umschwirrt die Schaffnerin, die heute außer der gewohnten Funktion des Stochtrupps (zur Durchbrechung dichter feindlicher Linien) auch noch die eines wandernden Auskunftsbureaus übernehmen muß. Ein paar helle Berliner, die sich zum Glück überall finden, stehen ihr bei und beruhigen einige ältere Lanten, denen es doch sehr risant erscheint, gleich eine ganze Mark auf einmal für ein Straßenbahn билет aufzuwenden. Denn möglicherweise verliert man das Ding, oder die „Große Berliner“ stellt den geringen Betrieb inzwischen gänzlich ein... man kann nie wissen.

Nur eines weiß man genau: die Fahrt ist teurer geworden, die schönen Zeiten des Groschentaris sind vorbei. Ob sie wohl jemals wiederkehren und mit ihnen der Viergehntel-Lapp, das belegte Groschenbrötchen, die Automatenchokolade für 10 Pf., das Zehnpsennigporto für Briefe? — Von all den unermeßlichen Herrlichkeiten, die früher jedermann für einen Groschen feil waren, ist nun auch die letzte verschwunden. Nein, halt, eine ist geblieben — aber von der redet man nicht.

Ernst Raubt

Die rote Fahne.

Raiffeiern haben am gestrigen Tage in Berlin bekanntlich nicht stattgefunden und der Behörde, deren Händen die Sorge für die Sicherheit des Staates anvertraut ist, war dadurch die Gelegenheit zu mancherlei Taten und Triumpfen genommen. Wenn die Polizei aber gehofft hatte, dafür den ersten Mai diesmal in ungestörter Seelenruhe verleben zu dürfen, so sah sie sich bitter getäuscht. Ein Ereignis, wie es die Welt noch nicht erlebt hatte, seit es ein Deutsches Reich und eine deutsche Sozialdemokratie gibt, bestürmte, ängstigte und verwirrte, die Herzen der Sicherheitsbeamten vom biederem Säugmann bis hinauf zum Chef der politischen Abteilung: Auf dem Dache eines Palastes unter den Linden wehte eine rote Fahne! Eine rote Fahne mitten auf der historischen Triumpfsstraße der deutschen Kaiserstadt! Der gutgemeinte Bürger blieb entsetzt stehen und wartete auf das Raben der Feuerwehr. Er wartete eine Stunde, aber sie kam nicht. Und der Bürger fragte sich, ob er oder die Welt wahn-sinnig geworden, oder gar die Wahlrechtsvorlage angenommen und der preussische Zukunftsstaat definitiv eingeführt worden sei. Er wandte sich schließlich an einen Schutzmann, aber dieser verharrte schweigend in einem bitter-wehmütigen Lächeln. Der Polizei waren die Hände gebunden, sie wollte schon, aber sie konnte nicht. Denn das Dach, auf dem das rote Biergeis im Winde flatterte, war ein exterritoriales Dach, zu dem selbst preussische Polizeimacht nicht hinaufreicht: es war das Dach der russischen Gesandtschaft!

Uebertriebene Sympathien für die Berliner Polizei liegen uns fern. Aber schließlich sind wir alle doch Menschen und angefaßt der Seelenqualen, die der gestrige erste Mai ihr gebracht hat, können wir nicht umhin, unserer Sicherheitsbehörde unser aufrichtiges, herzliches Mitgefühl auszusprechen.

Wer hat da Lust, zu tauschen?

Die für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin bestehende Reichs-Verwertungsgesellschaft (R. V. G.) hat eine neue Ein-

richtung geschaffen, die der Verbesserung die Schuhherstellung erleichtern soll. Wer bei der R. V. G. ein Paar noch gebrauchsfähiger Stiefel abgibt, erhält von ihr eine Versicherung, die ihn ohne Bezugschein zum sofortigen Kauf von einem Paar gebrauchter Stiefel aus dem Vorrat der R. V. G. berechtigt. Das läuft eigentlich auf einen Tausch hinaus, aber es bietet den Vorteil, daß man für ausbesserungsbedürftiges und sonst noch gebrauchsfähiges Schuhwerk ein ausgebeßertes bereit liegendes Schuhwerk eintauschen kann und nicht erst Tage oder Wochen hindurch auf Ausbesserung zu warten braucht. Voraussetzung für den „sofortigen“ Kauf bei der R. V. G. ist natürlich, daß Schuhwerk, wie der Kaufstücker es wünscht, gerade vorhanden ist. Wenn nicht, so muß er sich gedulden, bis ein anderer mit demselben Fußmaß sein Schuhwerk abgibt, und die R. V. G. es zurechtfinden läßt, was immerhin noch recht lange dauern kann. Sonderbar ist nun, daß der für die R. V. G. geltende, auf eine Bundesratsverordnung sich stützende Brauch, abgegebene Sachen dem Ablieferer nicht zurückzugeben, wenn wegen der geringen Höhe des erst nachher bekannt werdenden Uebnahmepreises ihm die Ablieferung leid wird, auch für diese Tauschgeschäfte gelten soll. Daß dabei ein Tauschgeschäft in eine sehr able Sage kommen kann, lehrt ein Fall, den die Frau eines Kriegsteilnehmers in der vorigen Woche erlebt hat. Als ihr wegen Rheumatismus im Legarett behandelter Mann auf ein paar Wochen nach Hause beurlaubt wurde, wollte sie es ihm ersparen, an den empfindlichen Füßen die schweren Militärstiefel schleppen zu müssen. Sie nahm das einzige Paar eigener Stiefel, die er noch hatte, und trug sie, weil sie ausbesserungsbedürftig waren, zur R. V. G., um dafür sogleich ein Paar ausgebeßertes Stiefel gegen entsprechende Bezahlung erhalten zu können. Vorfrühdaher fragte sie, ob auch die betreffende Größe da sei, worauf man ihr unter Hinweis auf das reichhaltige Lager die beruhigende Versicherung gab, daß es daran nicht fehlen werde. Sie mußte dann die Stiefel ihres Mannes hingeben, empfing eine Versicherung und durfte erst dann nachhause gehen, ob sie Stiefel der gewünschten Größe erhalten würde. Es ergab sich, daß diese Größe zurzeit nicht vorhanden war. Selbstverständlich wollte die Frau jetzt die abgelieferten Stiefel wieder mitnehmen, aber da wurde ihr erklärt, daß sie nicht, sie müsse am nächsten Tage und vielleicht auch noch an den folgenden Tagen wiederkommen und versuchen, passende Stiefel zu erhalten. Das war ihr denn doch ein zu starkes Stück. Man verzeihe sich in die Lage der Frau, die ihrem leidenden Mann eine Erleichterung verschaffen wollte und vielleicht auf den Stiefeltausch zu warten gehabt hätte, bis der Urlaub länger vorüber war! Sie bestand auf ihrer Forderung sofortiger Rückgabe der Stiefel und lehnte den Hinweis auf die in den Räumen der R. V. G. durch Wandanschläge bekannt gegebenen, aber von ihr nicht beachteten Vorschriften als nicht stichhaltig ab. Sie erklärte, daß sie bei einem gemeinnützigen Unternehmen ein derartiges Verfahren weder anerkennen könne, noch überhaupt erwarten und für möglich gehalten hätte. Nach längerem Hin und Her erreichte sie, daß man sich schließlich doch bequeme, ihr die Stiefel ihres Mannes herauszugeben. Hoffentlich zieht die R. V. G. aus diesem Vorkommnis die Lehre, daß noch vor der Ablieferung von Stiefeln festgestellt werden muß, ob die dafür gewünschten anderen Stiefel vorhanden sind. Sonst wird wohl nicht so leicht jemand Lust haben, bei der R. V. G. zu tauschen.

Kohlenmangel und Gasstrafen.

Die Einschränkung des Gasverbrauchs wird verlangt, weil die Kohlenknappheit dazu zwingt. Je weniger Gas die Bevölkerung verbraucht, mit desto weniger Kohlen kommen die Gaswerke aus. Doch unter der Kohlenknappheit leiden nicht nur die Gaswerke, sondern auch die Haushaltungen. Was sollen Familien tun, die nicht genug Kohlen erhalten können? Bietet sich ihnen ein anderer Weg als der, für die Küche sich mit Gas zu helfen? Groß ist in Berlin und Vororten die Zahl derjenigen, die erst in der Kriegszeit wegen Mangel an Kohlen und auch an Petroleum zur Benutzung von Gas übergingen. So manche Hausfrau dürfte selbst in den kältesten Monaten dieses Winters auf Gas gekocht haben, weil sie — Kohlen sparen wollte. Weil die Kohlen knapp sind, soll weniger Gas verbraucht werden. Aber gerade die Kohlenknappheit kann dazu nötigen, mehr Gas zu verbrauchen. Der bedauernswerte Gasverbraucher, der zwischen die Mühlsteine dieser beiden Notwendigkeiten gerät! Einer, der zwischen ihnen zermalmt zu werden fürchtet, klagt und sein Leid. Wegen Mangel an Kohlen mußte seine Frau im letzten Winter allzuleblich den Gaslocher benutzen, so daß der Verbrauch von Gas weit über die durch die Gasverordnung bewilligte Menge hinausging. Für die einzelnen Vierteljahre sind neun Zehntel des Verbrauches je desselben Vierteljahres von 1916 (nicht von 1917) erlaubt, abgesehen von den Bestimmungen über den unter allen Umständen zulässigen Mindestverbrauch; diese Haushaltung aber brauchte im Vierteljahr Januar bis März 1918 noch um fast ein Viertel mehr als in demselben Zeitraum von 1916. Die Frau sollte täglich für die Familie von sieben Personen das Essen zubereiten, mußte große Löffel voll Kartoffeln und Gemüse auf dem Feuer haben und war gezwungen, auch die Wäschereinigung in der Küche vorzunehmen. Weil sie Wochen hindurch nur für die Stubenheizung die nötigen Kohlen hatte, die ihr von anderen Leuten geborgt worden waren, blieb ihr für die Zubereitung des Essens und für die besonders die Feuerung fordernde Reinigung der Wäsche nur die Benutzung des Gaslochers übrig. Nun steht der Familienvater mit Bangen dem Tag entgegen, wo man ihm die Rechnung über die sehr beträchtliche Gasstrafe bringen wird, die durch die weitgehende Ueberschreitung des ihm bewilligten Gasverbrauches verursacht ist. Er fragt, warum man jetzt ihn dafür bestrafen will, daß ihm nicht genug Kohlen geliefert werden konnten. Wir sind gewohnt darauf, ob die „Wilde“, die für die demnächst beginnende Strafgebührengleichung versprochen worden ist, diesem Manne zuteil werden wird.

Handwagen für den Kohlentransport.

Der Magistrat wendet sich im Interesse der Kohlenzufuhr an die Haushaltungen in einem öffentlichen Aufruf an die Besitzer von Handwagen. In dem Aufruf heißt es: Wer einen zum Transport von 2-3 Zentner Kohlen (Weißes, Rotes) geeigneten Handwagen besitzt, stelle ihn unverzüglich in den Dienst der allgemeinen Sache! Die Handwagen werden erst unmittelbar vor dem Gebrauch durch Schulnachen abgeholt und sofort nach Gebrauch wieder zurückgestellt und bleiben unter ständiger Aufsicht. Beschädigungen und Verluste werden vom Magistrat ersetzt. Für jede Verteilung wird vom Magistrat eine Vergütung (1 M.) gezahlt. Freiwillige schriftliche und mündliche Meldungen sind zu richten an die Deputation für die Kohlenherstellung, Spandauer Str. 10. Dabei sind anzugeben: die Tragfähigkeit des Wagens, die Zeiten, für welche der Wagen zur Verfügung steht, der Standort des Wagens.

Das Ende der Englischen Gasgesellschaft.

Die vor kurzem gegründete Deutsche Gasgesellschaft (D. G.) mit dem Sitz in Zempelhof hat aus der Liquidationsmasse die in Berlin, Schöneberg und Mariendorf belegenen Gaswerke der Imperial Continental Gas Association (Englischen Gesellschaft) mit Wirkung vom 1. Mai ab erworben und den Betrieb dieser Werke und aller dazu gehörigen Anlagen der gleichfalls vor kurzem gegründeten Gas-Betriebsgesellschaft D. G. in Mariendorf übertragen. Ferner hat die aus der Gaswerk Grünau G. G. hervorgegangene Deutsche Gasgesellschaft den Betrieb dieses Gaswerks gleichfalls der Gasbetriebsgesellschaft in Mariendorf übertragen. Leiter der Gasbetriebsgesellschaft ist der bisherige Generaldirektor der Englischen Gasgesellschaft in Berlin, E. Körting. Vorstand der Deutschen Gasgesellschaft ist Regierungsbaumeister a. D. Landberg von der Zeltower Kreisverwaltung. Der von der Deutschen Gasgesellschaft aufgestellte Normal-Gasvertragsvertrag steht jetzt in den Vorortgemeinden des Kreises Zeltow zur Beratung. Wie uns von zu-

ständiger Seite mitgeteilt wird, haben neben einer größeren Zahl von kleineren Gemeinden darunter Lichterfelde und Köpenick auch als erste von den größten Gemeinden bereits Zempelhof, Schmarzendorf und Grunewald dem Vertrage zugestimmt.

Neue Anordnung für Zentralheizungsbedriebe.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat eine neue Anordnung erlassen, wonach in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober der Betrieb der Zentralheizungsanlagen zu unterbleiben hat. Für den Wiederbeginn der Heizung im Oktober kann jedoch die Kohlenstelle Groß-Berlin einen anderen Zeitpunkt festlegen. — Die Bestimmungen über Vorkaufsrechte für den Fall, daß die Leistungen des Vermieters hinsichtlich des Heiz- und Warmwasserbetriebes auf Grund der behördlichen Bestimmungen hinter den vertraglich vereinbarten Leistungen zurückbleiben, lauten darauf hinaus, daß der Mieter in solchen Fällen für beides 8 vom Hundert der Jahresmiete in Abzug bringen darf. Die Durchführung der allgemeinen Anordnung bleibt nach wie vor den örtlichen Schiedsstellen der einzelnen Gemeinden überlassen.

Von der Massenpeinigung.

Man schreibt uns: In der letzten Zeit gibt es bei der Berliner Massenpeinigung an der Wehrzahl der Lage nur noch Räbengerichte. Um diese schmachhaft zu machen, hat man zu einem Mittel gegriffen, das schmeichelt beiseite gelegt werden sollte. Man wärzt die Räbengerichte zum Teil säuerlich, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach mit Essigsäure oder — Essigsäure-Essig. Jedenfalls handelt es sich um eine Art, die in einer Reihe zu unserer Kenntnis gekommener Fälle zu bedenklicher Beeinträchtigung des Wohlbefindens der „Genieser“ geführt hat, in einem Falle zu kundenlangen Schwindelanfällen; in allen Fällen aber waren Magenbeschwerden die Folge, wobei wir feststellen haben, daß keiner der Betroffenen etwa magenschwach ist. Das Gewürz macht sich auch durch nachträgliches andauerndes durstigerzeugendes Brennen im Munde bemerkbar.

Wir wissen nicht, ob bei der städtischen Massenpeinigung ein Ernährungsphysiologe oder Chemiker tätig ist. Wir halten es für selbstverständlich angebracht, der gewaltigen Mengen, die dort konsumiert werden, und angeht die großen Bedeutung, die die Massenpeinigung für die Ernährung weiter Bevölkerungskreise hat. Daß die Massenpeinigung gewürzt werde, ist natürlich erwünscht. Jedoch sind die Gewürze bekanntlich stets mit Vorsicht zu verwenden. Der Essig und sein Ertrag sollten, da sie einen Teil des Nährwertes der Speise wieder ausheben, bei der Massenpeinigung nur ausnahmsweise verwendet werden. Daß dies aber jetzt sogar sehr häufig geschieht, wirft ein gelbes Licht auf die Befähigung der Verantwortlichen.

Ein städtisches Palmenhaus im Plänterwald.

Die Stadtgemeinde Berlin hat vor einigen Jahren die am Plänterwald in der Neuen Angerstraße, südlich gegenüber dem Treptower Rathaus gelegenen bebauten Grundstücke zur Abrundung des städtischen Waldgebietes erworben. Den 52 Mietern dieser Grundstücke ist nunmehr zum 1. Oktober 1918 bezw. 1. April 1919 die Wohnung gelündigt worden. Die Häuser werden abgebrochen. An ihrer Stelle wird ein großes Palmenhaus erbaut. In der Zeit der Wohnungsnot dürfte diese Massenlündigung ein wenig überraschen.

Verband der freien Volkshäuser. Für die Aufführung von Rablers 2. Sinfonie und Friedr. Entenfeld, die Sonntag, den 5., mittags 12 Uhr, in der Volkshalle stattfinden, sind Eintrittskarten noch in beschränkter Anzahl bei Breitkopf u. Härtel, Potsdamer Straße 21, in den Warenhäusern von Hermann Tiep und in der Geschäftsstelle, Linienstr. 227, zu haben.

Städtische Tennishallen - Palast. Morgen Freitag findet die Annahmefahrt eines Wiener Künstlerins „Bethoven und die Frauen“ statt. Die letzten Rämpfe von der Welttour wurden im Halle von amtlicher Seite festgehalten und werden gleichfalls gezeigt.

Zwei weibliche Einbrecher wurden gefasst von der Kriminalpolizei verhaftet. Eine 20 Jahre alte Charlotte Knack und eine 18jährige Emilie Brodmann gerieten in die Hände eines Einbrechers Wilt Lorenz. Dieser lernte sie an, nahm sie bald darauf auf seinen Westgeigen mit und unterwies sie auch praktisch. Als Lorenz bei einem Wohnungseinbruch ertappt und festgenommen worden war, arbeiteten die mit der Beute entkommenen Mädchen auf eigene Faust weiter. Eine ganze Reihe von Wohnungen, Boden- und Kellererbrüchen verübten sie besonders in der Brunnenstraße, der Schillingstraße und ihrer Umgebung. Als sie jetzt in der Arbeitstraße beim Umgang auch ihren eigenen Vorrat bestraften, wurden die Einbrecherinnen entlarvt.

Neuzeitliche Angehörige Feuerzuzugulage. Wir werden am Kaufmann nachstehenden Berichtes gebeten: Die während des Krieges beim Magistrat Rekrutiert eingestellten männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter hatten sich am 26. Januar d. J. zu einem „Verein der Hilfsarbeiter der Stadt Neuzeit“ zusammengeschlossen, um den Versuch zu machen, auf diesem Wege die angehörende herrschenden Feuerzuzugulage ganz unzulänglichen Gehälter und Löhne aufzubessern zu erhalten. In einer Sitzung hatten sie um Bewilligung einer 50prozentigen Erhöhung der Gehälter sowie um Gewährung einer einmaligen Feuerzuzugulage ersucht. Daraufhin sind ihnen jetzt ab 1. Februar Zulagen bewilligt worden, die aber noch nicht ganz 5 Proz. betragen. Die erbetene Feuerzuzugulage soll seitens des Magistrats abgelehnt worden sein, weil ein zu Anfang des Krieges gefasster Beschluß dem entgegenstehe. Jemandem Vorschlag zu erteilen, hielt der Magistrat im übrigen nicht für nötig, handelt es sich doch nur um Hilfsarbeiter. — Am Freitagabend hatten sich die Mitglieder sehr zahlreich im großen Saale der Rind-Bräuerei versammelt, um zu der so geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Anmut über die ganz unzulängliche Zulage, die noch dazu, wie verschiedene Mitglieder betonten, ganz nach Wunsch gewährt worden ist — einzelne Abteilungen hatten zudem überhaupt noch keine Zulage erhalten —, war so groß, daß es der ganzen Ansicht des Vorstandes bedurfte, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen; wurde doch sogar dem Vorstand vorgeworfen, er sei in der ganzen Frage zu lau und zu nachgiebig aufgetreten. Diesen Vorwurf konnte der Vorstand an der Hand der Tatsachen widerlegen; er habe durchaus seine Pflicht getan; es sei nun an den Mitgliedern, zu beschließen, was weiter in der Sache zu geschehen habe. Zwei sehr scharfe Resolutionen standen zur Verfügung; als dann aber ein Mitglied ausführte, daß nach seiner Meinung alle solche Resolutionen doch zu nichts führten und der einzig richtige Weg der des Anschlusses an den Verband der Bureauangestellten sei, fand es allgemeinen Beifall. Bei der Abstimmung über diesen weitgehenden Antrag erhoben sich alle Anwesenden für denselben; der Vorstand wurde beauftragt, sich sofort mit dem Vorstand des Verbandes in Verbindung zu setzen und ihn zu bitten, in einer demnächst einzuladenden Versammlung, zu der alle Hilfsarbeiter persönlich einzuladen seien, Vertreter zu entsenden, um den Uebertritt perfekt zu machen.

Wilmersdorf, Lebensmittel. Auf die rote Haushaltungs-Bezugskarte (Abchnitt 2) werden demnächst 4 Stück Knochenbrühwürfel und 50 Gramm Knochenbrühwürfelmasse oder 50 Gramm deutlicher bezw. dänischer Knochenbrühwürfel abgegeben. Die Anmeldung zum Bezug erfolgt von jetzt ab bis einsch. Sonntagabend, den 4. Mai, durch Abgabe des Abchnittes 1. — Auf Abchnitt B der Bezugskarte für Einzelpersonen werden demnächst 50 Gramm Nährhefe abgegeben. Die Anmeldung erfolgt ebenfalls bis 4. Mai durch Abgabe des Abchnittes A.

Wer an der ordnungsmäßigen Anmeldung zu der am 24. April abgelassenen Kundenliste für den Kartoffelbezug verhindert war, kann sich in die bei 20 öffentlich bekanntgegebenen Firmen aufgelisteten Nachtragskundenlisten eintragen lassen. Hierzu bedarf er

einer Bescheinigung, die nach Vorlegung der Gründe vom städtischen Lebensmittelamt (Wilhelmsstr. 114/115, Etage II) erteilt wird. Dem Lebensmittelamt sind dabei so viel Kammeldabschnitte abzugeben, als Personen für die nachträgliche Eintragung in Betracht kommen.

Zum Ausgleich der Milchlieferung wird demnächst für Kinder im 6. und 8. Lebensjahre (geboren zwischen dem 1. April 1912 und dem 31. März 1914) 1 Pfund Nährmittel abgegeben. Die Ausgabe erfolgt auf Grund von Bezugscheinen, die heute und morgen durch die Protokommisionen an die beteiligten Haushaltungsvorstände verteilt werden.

Weissensee, Fürsorgefähigkeit im Jahre 1917. Am 1. April betrug die Zahl der kleinen Kranken im Säuglingskrankenhaus 64. Der Zugang bis Ende Februar d. J. belief sich auf 321 Kinder. Die Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestelle war eine rege. Die dreimal wöchentlich stattfindenden Sprechstunden wurden von durchschnittlich 20 Müttern besucht. Regelmäßige Untersuchungen fanden 1300 statt. Neu aufgenommen wurden 337 Mütter. Die Zahl der Besuche der Fürsorgestellen in den Wohnungen betrug 901. In 500 Fällen wurden 351 Liter, an trinkfertigen Portionen 81 ausgegeben. Auch die Kinderfürsorgestelle hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Beratungen fanden 173 statt. Es wurden 327 Kinder aufgenommen. Die Wohnungsbesuche der Schweser beliefen sich auf 698. In der Säuglingskrippe am Nirbaplay waren durchschnittlich 20 Kinder von Frauen, die tagsüber einer Arbeit nachgehen. In der Kinderbewahranstalt des Vaterländischen Frauenvereins waren 80 und in dem Kinderhort der Frauenhilfe 120 Kinder untergebracht und gespeist. In der Lunge n fürsorgestelle fanden 248 Beratungen statt. Untergebracht wurden in Heilstätten 58, in Krankenhäusern 5 und in Pflegeheimen 3 Personen. Die Zahl der Besuche in Wohnungen durch die Fürsorgestellen betrug 418. Die Tätigkeit der Trinkerfürsorgestelle war infolge der zahlreichen Einziehungen zum Heeresdienst gering. Die Räume der Ferienkolonie Wirlholz waren im Jahre 1917 gefüllt. Dafür wurden 785 Kinder, Knaben und Mädchen, nach Weissensee geschickt und in den Kreisen Marienburg, Dirschau und Schweg untergebracht. Alle Kinder lebten nach einem Landaufenthalt von 13 Wochen getränkt zurück. 10 sehr schwächliche Kinder wurden auf acht Wochen in Pulow auf gepflegt. 1000 Knaben und 19 Mädchen erhielten einen achtwöchigen Aufenthalt in der Schweiz.

Lebensmittel. Auf Abchnitt 5 der Lebensmittelkarte für Jugendliche entfallen zwei Päckchen Puddingpulver und auf Abchnitt 8 der vorbezeichneten Karte ein Pfund Sirup oder Marmelade. Die Entnahme der Ware muß vom Donnerstag, den 2. bis Sonntagabend, den 4. Mai in dem Geschäft stattfinden, in welchem der Inhaber der Lebensmittelkarte sich zum Bezug von Nährmitteln angemeldet hat.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Marxfeier.

Am Sonntag, den 5. Mai, mittags Punkt 12 Uhr, findet im großen Saale des Gelehrtenhauses eine Gedenkfeier zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr des Geburtstages unseres großen Vorkämpfers Karl Marx statt. Das Programm ist folgendes: Festvortrag, gehalten vom Reichstagsabgeordneten Wilhelm Glöck; Rezitationen, gesprochen von G. v. Winterstein, vom Deutschen Theater; Männerchöre, gesungen von der Typographia, unter Leitung ihres Chormeisters.

Eintrittspreis: 60 Pf. Einlaß von 11 Uhr an. Beginn Punkt 12 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintrittskarten sind von allen Parteifunktionären, dem Bezirkssekretariat, Lindenstraße 3, 2. Hof 3 Tr., und den Parteispeditionen zu beziehen.

Gerichtszeitung.

Der Einfall der Russen in Ostpreußen spielte eine Rolle in dem Prozeß gegen den Reichsanwalt Karl Kapitzki in Romahlen und zwei Mitangeklagte. Das Landgericht 12 hat sie am 19. November d. J. wegen versuchten Verrates verurteilt und zwar Kapitzki zu 1800 M. und die Mitangeklagten Georg Krizitz und die Rechnerin Ojaregyl, beide Angehörige des Reichsbüroauschusses, wegen Weisheit zu geringen Geldstrafen. Das Landgericht hat das Angeklagte K. war ein Opfer des Russeneinfalles geworden und er hatte seine Ansprüche auf Entschädigung bei dem Kriegsbüroauschuss angemeldet, bezifferte aber seine Gesamtverluste auf 200 000 M., wobei er den Wert vernichteter Gegenstände zu hoch angab und Eigentum als vernichtet bezeichnete, was er gar nicht beiseite hatte. Nach den Feststellungen des Gerichts betrug sein Gesamtvermögen nur 60 000 M.; er hat also den Versuch gemacht, mehr als das Dreifache vom Staate erzielt zu erhalten. Die beiden Mitangeklagten haben ihn dadurch bei seinem betrügerischen Unternehmen unterstützt, daß sie seine Einnahmen aus der Darlehnskasse als höher angaben als sie in Wirklichkeit waren. Die Revision der Angeklagten K. und O. wurde vom Reichsgericht als unzulässig verworfen.

Gemeinnützige Gemeinde Berlin (G. B. V.). Am Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 6 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niebermüllstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benzig über: Die soziale Bedeutung der Wahlrechtsgesetzgebung. Damen und Herren, willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Österreich-Ungarns wirtschaftliche Beziehungen zur Schweiz. Von Dr. Max Smolensky, 250 Kr. — Sozial-Verrechnung. Von Dr. Gust Avnera, 4 Kr. Beide im Verlag Langjahr & Co. Post-Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien.

Die Politik des Lebens. Von Georg Seletz. Angenommen-Verlag Wien 5 M.

Allgemeine Religionsgeschichte. Von Alfred Jeremias, 8. Bänder u. Co., München, Geb. 9 M., geb. 12 M.

Briefkasten der Redaktion.

Friedrichsstraße 22, 1. bis 4. 89 heißt Ihnen frei, als Selbstverwalter jede Woche eine Karte zu senden. Auch die Beitragsliste kehrt Ihnen frei. Es bestehen also gegen die freiwillige Versicherung in der von Ihnen angegebenen Art keinerlei Bedenken. 5. Politische Selbstständigkeit. — Neuzeit Nr. 100. Alle über 40 Jahre alten Mannschaften sollen, soweit sie schon länger als 6 Monate bei den Kampfgruppen sind, der Reihe nach ausgetauscht werden. — G. M. D. 8911. 1. Es wird Ihnen bei Ihrer Einziehung auf Antrag ein Weisungsbescheid erteilt. 2. Ja. 3. Nach Beratungen oder Ratbeschlüssen durchgehende Schwäche eines Gliedes, Verlust des Begehrgers, Stillstand oder Anstammung eines Fingers, Landsturmspflicht. 4. Die Zeichen beziehen sich auf die Verteilungsschlüssel. — W. 23. 100. 1. Ja. 2. Eine solche Frage ist nicht gegeben worden. — W. 2. 2889. Sie müssen in zwei Jahren mindestens 20 Marken haben. Die Karte ist Ihnen freigegeben. — G. 2. 38. Das richtet sich nicht nach dem Alter, sondern danach, ob das Einkommen mindestens 900 Mark beträgt. — W. 2. 18. Sie können für einen der Söhne, der Sie nachschickend der Einziehung zum Heere unterstellt hat, bei der zuständigen Steuerbehörde Antrag auf Unterstützung stellen. — J. 26. 1. Die Frau wird großzügig sein und bedarf dabei nicht mehr der Zustimmung des Mannes, die Ehe ist gültig. 2. Beim Amtsgericht Berlin-Mitte. — G. 1. Jugert. Klage kann eingereicht werden beim zuständigen Landgericht. — W. 1. Ja. — W. 23. 100. Da die Erkrankung schon vor Anfang 1914 war, werden Sie eine Zulage nicht bekommen. Verlangen Sie es aber mit einem Antrag bei der Kriegsmobilisierungsstelle. — Sergeant 2. 100. Eine solche Verpflichtung besteht nicht.

Verzeichnisse für das mittlere Norddeutschland die Freitag mittags. Zunächst noch fünf, vorzulegend trübe und besonders südlich der Oder leichte Regenfälle, später von Nordwesten nach Südwesten vorzulegend langsame Aufhellung und etwas wärmer.

Blusen

Sind heute mehr denn je eine unentbehrliche Hilfe in der immer schwierigeren Frage: „Was ziehe ich an?“ Deshalb ist auch die Auswahl, die wir Ihnen hierin bieten, heute größer denn je!



Stoff Sportbluse
aus weißem Schleierstoff mit
schmalem blau-weiß gestreif-
tem Kragen und ebensolchen
Ärmeln und Karmelauf-
schlägen nur 19.50.



Sehr feidsame Bluse
aus weißem Schleierstoff mit schön
besticktem Vorderteil und ent-
sprechenden Hofschnitten. 22.-



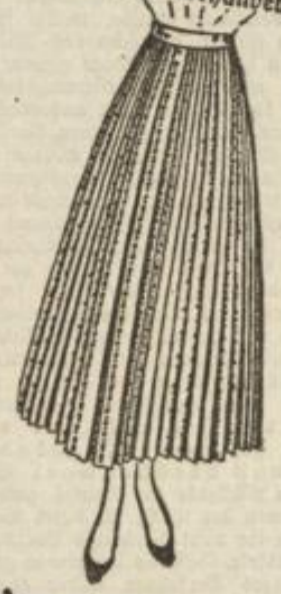
C&A

Röcke

Sind jetzt, wie Blusen ein Artikel des „täglichen Bedarfs“. Vor allem gilt dies von feinen Röcken aller Art, die — aus naheliegenden Gründen — immer mehr bevorzugt werden. Aber auch flotte blaue und schwarze, wie praktische Fantasieröcke sind überall reichlich vorhanden.



Eleg. Gossienne-Rock
in verschiedenen modernen
Farben, in der so gerne
gelaufenen gezogenen Form.
59.-



Moderner Falten-Rock
aus guter, glatter, blauer Ware, mit
entworfener in die Falten eingewirten
Seidenstreifen.
39.50.

Rönigstr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz.
Sonntags geschlossen

Chausseest. 113

Beim Stettiner Bahnhof.
Sonntags geschlossen

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Der Bürger als Edelmann.
Kammerspiele.
8 Uhr: Samuraj.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Unterground, Schönk. Tor.
7 1/2 Uhr: Was ihr wollt.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.
Theater in Königgrätzer Str.
7 1/2 Uhr: Schwestern u. der Fremde.
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater
7 Uhr: Blüthenblau Blut.

Theater für Donnerstag, 2. Mai.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Postillion
von Loujumeau.
Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nante.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Kinkobeln.
Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Schiffbld. 4a. Kassent. N. d. 291
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Ein Erfolg.
Schiller-Th. Charl.
Z. 1. M.: Der letzte Funke.
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendorfsplatz
3 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen.
7 Uhr:
Von allen Dingen

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1917.

Aktiva		Passiva	
M.	pf.	M.	pf.
Kassa, fremde Geldsorten, Kassenheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-banken	302 100 91.90	Aktien-Kapital-Konto	280 000 000
Wechsel u. unverzinst. Schecks aus dem Reich und der Bundesstaaten	1 200 122 743.10	Rücklage A	51 000 000
a) Wechsel und unverzinst. Schecks aus dem Reich und der Bundesstaaten	—	Rücklage B	29 000 000
b) eigene Akzepte	—	Talonssteuer-Rücklage-Konto	1 924.50
c) eigene Ziehungen	—	Gläubiger	18 875 912
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—	a) Nostroverpflichtungen	—
Nostro Guthaben bei Banken u. Bankfirmen	239 081 401.70	b) seitens der Kasse bei Dritten benutzte Kredite	1 445 485.30
Reporte u. Lombards gegen hörvorgängige Wertpapiere	211 794 028.35	c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	212 222 322.60
Vorschüsse auf Waren u. Warenvorräte, davon am Bilanztag gedeckt	8 736 508.35	d) Einlagen auf provisorischer Rechnung	1 084 619 715
a) durch Waren, Fracht- od. Lagerheine	851 801.35	1. innerhalb sieben Tagen fällig	450 584 000.23
b) durch andere Sicherheiten	—	2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	321 707 245.50
Eigene Wertpapiere	84 177 929.15	3. nach drei Monaten fällig	351 848 451.15
a) Anleihen u. verzinst. Schecks aus dem Reich und der Bundesstaaten	47 832 536.35	e) sonstige Gläubiger	1 690 425 709.10
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beibeh. Wertpapiere	7 026 220.80	1. innerhalb sieben Tagen fällig	385 475 000.12
c) sonstige hörvorgängige Wertpapiere	30 295 571.70	2. darüber hinaus bis zu drei Monaten fällig	602 780 875.50
d) sonstige Wertpapiere	6 542 257.10	3. nach drei Monaten fällig	192 172 292.48
Konkurrenzbeiträge	54 973 800	Akzepte und Schecks	75 224 262.53
Darlehensbeiträge bei anderen Banken und Bankfirmen	62 791 925.05	a) Akzepte	67 274 351.17
Schuldner in laufender Bezahlung	1 178 514 442.35	b) nach nicht eingelöste Schecks	7 949 911.40
a) gedeckte	722 408 657.10	Außerdem	—
b) ungedeckte	456 105 785.25	Aval- u. Bürgschaftsverp. M. 185 208 978.75	—
ausserdem Aval- und Bürgschafts-schuldner	M. 185 208 978.75	Eigene Ziehungen, davon für Rückzahlung Dritter	—
Bankguthaben	41 208 820.90	Wechselgebühren	—
sonstige Immobilien	8 816 559.25	Solawechsel d. Kunden an d. Bank	—
Mobilien-Konto	496 422.85	Order d. Bank	—
Pensions-Fonds-Rücklage-Konto	4 590 200.05	Dividenden-Konto	227 501
Rücklagen-Konto d. König-Friedrich-August-Stiftung	200 021.95	Pensions-Fonds-Konto	4 046 000.65
Rücklagen-Konto der Georg-Arnstadt-Stiftung	145 850	König-Friedrich-August-Stiftung	116 841.50
Saldo der Zentrale u. auswärts. Abteilungen mit unserer Niederlegung in London	19 221 491.10	Georg-Arnstadt-Stiftung	151 831.85
	3 406 000 113.05	Reingewinn	86 127 407.41

Bremen, den 31. Dezember 1917.

DRESDNER BANK.
E. Gutmann, Nathan, Jüdel, Herbert H. Gutmann, Haffner, Kleinmann.

WINTERGARTEN
Paul Göbel
der Urkomische
Chester Dieck
Erotischer Radfahrakt
„Durga“
das fliegende Piano
sowie der
große
Mai-Spielplan!

Der „Hias“ ein feid-graues Spiel
Schriftführer Hr. Herr Generalliebrer v. Kossel
Erstaufführung
heute 7 1/2 Uhr abends im
Palast-Theater am Zoo

Apollo-
Theater
Friedrichstr. 218
7 1/2 Uhr: Paul
Beckers
Deutschlands
besten Komiker
sowie 12 erste
Variété-Attraktionen
Sonntag 3 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Büsch
Tägl. 7 1/2 Uhr, Stg. 3 1/2 u. 7 1/2
Das neue Mai-Programm
u. a. „Die lebende Brücke“
ausgef. v. 2 Döllen.
Prof. Hawkins in seiner
drossierten Hundemante.
Helene Fischer, Schulreit.
Zum Schluss:
Die große Pracht-
Ausstatt.-Pantomime
„Frühlingsspiele“
in 4 Akten.
Besond. hervorzuheben:
Starmazens mit d. Weltren-
nbruch! — Kahrutsch aus
30 Meter Höhe
in den Grunwaldsee.

National-Theater 7 1/2
Zum 107. Male:
Die ist richtig!
Musik: Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Johannisfeuer.
Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
Nord. 8650. Täglich 7 1/2 Uhr:
Familie Hannemann.
Schwank in 3 Akten von
Max Reimann u. O. Schwarz.
Hans Junkermann, v. Müllendorff
Alicie Torsing, Richard Georg.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Wachstelzchen.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebchen.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stettiner Sänger.
Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr:
Großes Blüthen-Konzert.

Trionan-Theater
7 1/2 am Bkt. Friedrichstr. 7 1/2
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
Paul Bildt, Flink, Kettner.
Stg. 4 U. kl. Pr.: Hedda Gabler.
Casino-Theater
Kothbringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11
Besten Monat der Spielzeit.
Das neue große Reprogramm.
Geheiligte Spezialitäten
bezu das hittere Familienbild
Anna's Traum.
Sonntag 4 Uhr: Malenrauber.
**Kostüme
Mäntel
Kleider
Röcke und Blusen**
fertig zu selbigen Preisen
**Atelier Bolz, Brunnen-
str. 13. L.**

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
Friedrichstraße 91/92
an der
Dorotheenstr. Syphilis, Haut-,
Harn-, Geschlechts-, Frauenleid.
Sex. Neurosthenie. Kürz. Beh.
ohne Berufsstörung. Teils.
Harn- u. Blutuntersuchungen
Sprechst. 10-1, 5-8; Sonnt-
tag 10-1. 143L.
Erstes Möbelgeschäft
am Platz sucht laufend bessere
Erbeil unterzubringen. Es
handelt sich um Auftr. von
Bücheln, Bibliotheken, Schreib-
tischen in Eiche, Mahagoni u.
Kupbeum. Ferner um Aufträge
von besseren eleganten Schlaf-
zimmern in pol. Holzarten. Es
sollen sich daher nur Holzarten
melden, die in der Lage sind,
gute Arbeit herauszubringen.
Geil. Off. a. d. Expedition d.
Bl. u. Chiffre: E. L. 3542

Zähne m. echt. Friedenskauschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung
bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 R. an. Spez.
Zähne ohne Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1
Gautenpl.
Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahn.
Behandl. von Syphilis, Gant-
Farn, Frauenleiden, spez.
aron. Röt. Schmerzlose, kürzeste
Behandl. ohne Berufsstörung.
Blutuntersuchung. Röh. Breite.
Teilzahlung. Sprechstunden 10
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1

Spezialarzt
Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowstr.
7 1/2, 12-2-5-1/2, 10
Syphilis, Harn-, Frauenleiden,
Blutuntersuchungen, Modernste,
erfolgreich. Heilverfahren. Teilz.
Siehe 45 Zeit. hart. Broich, O. 2021,
nach außerhalb verflochten 1 R.
Spezialarzt
Dr. med. Laabs
bei schnell, gefühl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufsstör.
Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Alexanderpl.
Epr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Der Laubkolonist.

Die Arbeiten im Monat Mai.

Viel Reiserunden bringt der Mai nicht mit sich, im Gegenteil: wer sein Stückchen Laubland so bearbeiten will, daß es ihm gute Erträge abwirft, der hat nun alle Hände voll zu tun. Die meisten Aupaatere sind ja schon im April getan, wozu das prächtige Wetter ja allen Grund gab. Was jetzt noch zur Aussaat kommt, sind einige Wiederholungen, wie etwa bei Erbsen und Karotten und dann als erstmalige Saat die Bohnen- und Stangenbohnen. Wo Land und Saatgut zur Verfügung steht, ist eine zeitweilige Aussaat von Erbsen und Karotten sehr dankbar, da einmal grüne Schoten stets gern gegessen werden, wie auch junge Karotten stets besser schmecken als alte, ausgewachsene. Doch das sind schließlich Gewissensbisse. Ich würde für dieses Jahr raten, recht wenig unrelle Erbsen zu essen, vielmehr sie soviel wie möglich austreuen zu lassen, um für den Winter reife Erbsen für die Küche zu haben. Der Nährwert des reifen Korns ist doch ein vielfach höherer als der des unreifen. Aus demselben Grunde rate ich auch dringend zu einem recht ausgedehnten Anbau von Bohnen, auch Stangenbohnen, wo Stangen und Saatgut vorhanden sind. Besonders die Sorten mit weichem Korn, schließlich noch solche mit gelbem, sollen so viel wie irgend möglich angebaut werden. Und zwar soll das gelbe, um auch alles mögliche austreuen zu lassen. Es kann für den Winter nicht genug geforgt werden, und Erbsen und Bohnen sind ja zurzeit unsere weitaus nahrhaftesten Nährmittel. Jahres viel reicheren Ertrages wegen, ist der Anbau der Bohne dem der Erbsen durchaus vorzuziehen. Da weder Erbsen noch Bohnen einen gedüngten Boden benötigen, obgleich sie ihn sehr gut vertragen, sieht nach dieser Richtung hin dem Anbau nichts im Wege. So frohlockt aber einerseits die Erbsen ist, so empfindlich ist dagegen die Bohne. Aus diesem Grunde ist ein frühes Auspflanzen durchaus zu verwerfen, da wir ja bis Mitte Mai noch mit oftmals starken Nachfrösten zu rechnen haben. Ich rate daher, nicht vor dem 10. Mai die Saat zu legen, es sei denn, daß es sich um einen sehr geschützten, warmen Standort handelt, oder um ganz kleine Flächen, die man bei eintretendem Frost schließlich decken kann. Ein Waagnis bleibt aber auch das auf alle Fälle. Sparsamkeit bei der Aussaat der Bohne muß diesmal mehr als je walten. Es wird ja fast viel zu viel gesät, fast alles. Die Bohnen legte man bisher in Reihen, in sogenannte Stufenreihen, das heißt, immer einige Korn zusammen, in gewissen Abständen. Reihenabstände mögen 40 bis 50 Zentimeter sein, die Abstände der einzelnen Stufen etwa 40 Zentimeter und in jede Stufe nur 3-4 Korn. Ein zu tiefes Legen ist falsch, denn die Bohne ist ein Kind der Wärme, und je näher der Samen an der Erdoberfläche liegt, desto wärmer liegt er, desto eher und wichtiger ist sein Keimen und Aufgehen. Gute Sorten, auch zum Ausstreuen sind: Weiße Hagelot, Kaiser Wilhelm und Weiße Hohenburger.

Fast zu gleicher Zeit wie die Bohne, sät man im Freien auch Gurke und Kürbis aus. Beide verlangen den sonnigsten Platz, recht nahrhaften, gedüngten Boden und die Gurke liebt zudem einen recht durchlässigen, humosen und milden Erdboden. Auch hier dürfen die Aeren nur ganz nach gelegte werden, doch müssen sie gleichmäßig feucht gehalten werden. Die Gurken legt man gewöhnlich in eine Reihe entlang der Beetmitte, während die Ränder des Beetes mit Salat oder Kohlrabi bepflanzt werden, die dann abgeerntet sind, sobald die Gurken den Platz einnehmen. Bei den Kürbissen gibt es neben den rankenden noch rankenlose, die ohne Ranken zu machen, nur einen mächtigen Blätterbusch bilden und für jede Pflanze nur einen Quadratmeter Land beanspruchen. Es sind Sorten mit länglichen Früchten, die sich in frostfreien, kühlen Kammern bis zum Frühjahr aufbewahren lassen. Gute Sorten sind von letzteren Kolozelle von Tripolis und Englischer Schmoerkürbis. Und nun die Tomate. Auch sie soll diesmal reichlich angebaut werden. Lassen sich doch ihre Früchte so vielfältig verwenden, sei es roh, sei es gekocht. Die Tomate verlangt aber viel zum guten Gedeihen. Erstens den wärmsten, sonnigsten Platz, gleich der Gurke. Dann einen recht gut gedüngten Boden und dann viel Wasser, auch Wärme. Kann ihr das alles gegeben werden, dann lohnt sie die Mühen sehr reichlich. Es ist ratsam, sich sehr starke, in Töpfen vor kultivierte Pflanzen zu kaufen, auch wenn sie etwas teuer sind. Die eigene Anzucht ist sehr umständlich und gelingt selten gut. Das Auspflanzen sollte nie vor dem 15. Mai, besser erst nach dem 20. geschehen.

Von sonstigen Arbeiten ist zu erwähnen, daß Anfang Mai die letzten späten Kartoffeln in die Erde müssen. Kohlrabi, Kobfalia und alle anderen Kohlarzen sind noch zu pflanzen. Besonders soll jedes Fleckerchen mit Kopfsalat bestellt werden, da die fertigen Köpfe, wie Spinat zubereitet, ein wohlkühnendes Gemüse abgeben. Kohlrabi soll alle 14 Tage in kleinen Mengen gepflanzt werden, damit immer junge, zarte Knollen geerntet werden können. — Von laufenden, allgemeinen Arbeiten ist viel zu beachten

und zu tun. Junge Pflanzungen sind öfters zu gießen, um ein gutes An- und Weiterwachen zu erreichen. Sind die Pflanzen gut im Wuchs, bilden sie die ersten neuen Blätter, dann ist es Zeit, mit der Hacke zwischen sie zu gehen und den inzwischen fest gewordenen Boden anzulockern. Auch alle aufstehenden Samen müssen gehackt werden, sobald sie ohne Schädigung der jungen Sämlinge gechehen kann. Es ist natürlich notwendig, daß alles in Reihen gesät wird. Das Hacken kann nie oft genug wiederholt werden, denn es ist von großem Einfluß auf das Wachstum und Gedeihen der Pflanzen. Das Unkraut wird dadurch schon im jüngsten Stadium unterdrückt, so daß es gar nicht erst hoch kommt; das Lockern des Erdbodens sorgt aber auch für eine gute Durchlüftung, die zum Gedeihen der Pflanzen durchaus notwendig ist. Dann aber verhilft eine lockere Erdoberfläche ein zu schnelles Austrocknen des tieferen Erdbodens. Das Gießen muß sich der Witterung anschließen. Es wird selten richtig ausgeführt. Meistens wird zu wenig gegossen, trotzdem sehr oft gegossen wird. Wenn gegossen wird, dann soll das Beet so viel Wasser erhalten, daß es völlig von ihm durchnäht ist, dann hat es für 4 Tage genug und die Pflanze bekommt doch etwas von ihm ab. Das häufige Ueberbrausen des Beetes, wodurch nur die Oberfläche für kurze Zeit feucht wird, hat gar keinen Zweck. Sind Erdbeeren und Joharber vorhanden, so ist diesen reichlich Wasser zu geben, bei trübem, regnerischem Wetter können sie auch Nauche erhalten. Wenn Frost droht, sind empfindliche Pflanzen, wie Erdbeeren, eben hochgelommene Kartoffeln, schon ausgegangene Bohnen durch Bedecken zu schützen. Jrgend ein Deckmaterial muß dafür vorrätig gehalten werden.

Obstbäume müssen bei Trockenheit auch hin und wieder bewässert werden. Besonders gilt das von denen, die erst gepflanzt wurden und von jenen, die reichlich geblüht und angelegt haben. Gerade jetzt, wo die jungen Früchte anfangen sich zu bilden, ist Feuchtigkeit im Wurzelwerk unbedingt notwendig, so nicht die Früchte verkrüppeln und abfallen sollen. Ein Gießen muß hier schon ein wirklich ausgeführtes Wässern sein, mit dem der Baum für mindestens 14 Tagen genug hat. Dasselbe gilt für Beerensträucher. Nur daß diese eine öftere Wässerung nötig haben, da ja ihr Wurzelwerk nicht so tief geht. Ganz besonders verlangen die Himbeeren reichlich Wasser. Gegen Raupen und sonstigen Insekten muß dauernd gekämpft werden. Es gibt dessen viel, und ist man da nicht anbauend auf der Hut, vernichten sie Blatt und Frucht. Geht man dem Ungeziefer von vornherein auf den Leib, dann wird der Schaden meist nicht nennenswert. Das gleiche gilt auch für aufstrebende Krankheiten. All diesen Plagen fallen natürlich die schwächeren, schlecht ernährten Bäume und Sträucher zuerst zum Opfer.

Einige Blumen will gewiß jeder gern in seinem Gärtchen haben. Wer nicht in der Lage ist, sich ein Rosenbeet anlegen zu können, oder ein Staudenbeet, die den ganzen Sommer hindurch reichlich Blüten hervorbringen, der verleihe es mit einigen Sommerblumen. Sie werden teils an Ort und Stelle ausgelegt, teils lauft man sich in guten Gärtnereien junge Pflanzen. Einige Atern, Verbenen, Nelken, Tagelies, Rannien und andere mehr könnten, ja sollten in jedem kleinen Gärtchen vorhanden sein, schmücken sie dieses doch in oft ungeachteter Weise und geben sie ihrem Pfleger doch viel Freude. Sehr dankbar, besonders für den Spätsommer und Frühherbst, sind die Edelkähnen, die jetzt gepflanzt werden können.

Bruno Frank: „Die Schwestern und der Fremde.“

(Theater in der Königsgräber Straße.)

Der junge Dichter, der durch seine lang- und stimmungsvollen Verse in „Simplizissimus“ auch einem weiteren Leserkreis bekannt geworden, bereitet die Hörern seines Schauspiels eine freudige Ueberraschung. Es war gewiß noch lange kein Meisterstück. Indes ein Werk, aus dem einem endlich wieder einmal der Ton eines innerlich Durchlebten und Durchgeführten entgegenstößt. Die beiden Schwestern, die, ganz erfüllt von der Empfindung, daß eine große Liebesleidenschaft das Höchste im Leben sei, bereit sind, diesem Glücke alle anderen Rücksichten zu opfern, hat der Autor in fester Zeichnung hingestellt. Wenn ihm das auch in der Figur des Fremden, dem Angelpunkt des Stückes, nicht in gleichem Maße gelungen, und dieses da in schwebender Unbestimmtheit verharret, ist doch der wesentlichste Zug, auf den es dem Dichter ankam, in einer innerlich geschlossenen und an seelisch erregenden Momenten reichen Szenenfolge durchgeführt. In diesem jungen Menschen, einem verwöhnten Züchtling des Glucks, dessen Energien nie dem Existenzkampf und strenger Verantwortlichkeit in Fucht genommen worden, hat sich der oft dem Jünglingsalter eigene Gang zu sechsig löhrender Selbstbeobachtung hemmungslos entfalten können. Er sieht sich selber gleichsam in dem Licht von Strikern, „Einzigem“, dem jede Hingabe und jede Weigung nur als intellektuell zufällige Laune des eigenen auf Selbstgenug erpichten Ich gilt. Doch dieser Denkart stellt

sich dem reizbar zarten Gewissen des Frankischen Helden als schuldvolles Verhängnis dar, als Juch, der schwer auf seiner Seele lastet. In einem schonungslosen Geständnis deckt er seine allem Leben entfremdete Natur auf.

Eigenartig bereitet die Figur des „alten Herrn“ im Vorspiel darauf vor. Bei einer Münchener Reboute, auf der Cordula, die jüngere Schwester, dem vornehmten elterlichen Haus auf eine Nacht einfliegen, den schönen Fremden zum ersten Male sieht, hat er das junge Paar belauert. Er wittert in dem Jüngling einen Menschen ihm verwandten Schlages, dem die Günst der Frauen zusieht und der, im Herzen immer kühl, voraus bestimmt ist, wie er selber als Einlamer den Lebensweg zu Ende zu gehen. Dem durch die originelle Blaudei des alten Don Juan mit der auf dem Gebiete gleich erfahrenen alten Schenckstrau deselben Vorspiel folgen die stark und wechselfall bewegten Szenen des ersten Aktes. Der Fremde hat im Hause von Cordulas Mutter, der kungen Generalin, Besuch gemacht, und auch die Herzen dieser und der älteren schon verlobten Schwester sich erobert. Das Gespräch der drei, die mit dem Bräutigam zusammen den Fremden erwarten, wiegelt die verblümmten seelischen Reflexe in intim lebendiger Weise wieder. Der Bräutigam, ein nichterner Drogenmensch, dem es mit seiner Liebe aber wirklich Ernst ist, hegt eine hagerfüllte Eifersucht wider die neue glänzende Erscheinung. Sein Groll entläßt sich in kleinlich philiströsen Ausfällen. Die Kleine aber, die, inmitten des strahlenden Frühlingsglücks ihrer Liebe von bösen Augenleiden überfallen ist, glaubt unerträglich an den Geliebten. Er kommt zurück von einem Gang zum Doktor, den er um Auskunft über die Natur von Cordulas Krankheit fragen sollte, beruhigt die Gesellschaft und bittet endlich um die Hand des Mädchens. Seine gefasste Güte hält unerträglich auch den beleidigenden Herausforderungen des Eifersüchtigen gegenüber stand.

Der Schlußakt spielt einige Monate später, nach des Mädchens Verschiden. Der Fremde hat getan, was er vermochte, bis zu dem letzten Augenblicke gelang es ihm, in ihrer Seele einen Schimmer reinen Liebesglücks wachzuerhalten. Aber die Qual, die jeder wirklich Liebende beim Sterben der Geliebten empfinden haben würde, ist ihm zu seinem eigenen Entsetzen fern geblieben. Nicht aus Liebe, aus Mitleid hat er, als er ihr Todesurteil aus des Arztes Mund vernahm, um ihre Hand gebeten. Die Dankbarkeit der Mutter und der Schwester drücken ihn. Er will nicht nochmals sich in eine Lage bringen, in der er lügen müßte, und löst die glühende Leidenschaft der älteren Schwester mit einem offenen Bekenntnisse, wie es um ihr bestellt sei, ab.

Die Aufführung kam den ungewöhnlich hohen Anforderungen, die der Dichter an seelische Reimarbeit stellt, aufs glücklichste entgegen. Prächtig war Erika Glaesner in ihrem jungen Ionen-bellen Liebesjuchel, sehr gut auch Hanna Kapp als Schwester. Vortrefflich kam in Abels Fremden das feigliche Liebeswürdig und das glückliche Weiche zur Erscheinung. Olga Ergl und Berner Hollmann repräsentierten in feiner Abtönung die Generalin und den Bräutigam. Erläuternd gelang Herrn Reinhold Schänkel, dem in Frieda Richard Schenck eine farbige Kontrastfigur zur Seite stand, die schwierige symbolische Figur des alten Herrn. Starker Beifall rief die Schauspieler und den Autor oftmals vor den Vorhang.

Notizen.

— Theaterkritik. In der Volkshäusle geht in Abänderung des Spielplans am Freitag „Hanneles Himmelfahrt“ und am Samstag „Rathen der Weise“ in Szene.

— Die deutsche Einheitschule behandelt in der Humboldt-Abademie Freie Hochschule Dr. Max Weil am Samstag, 8 Uhr, in der Aula Dorotheenstr. 12. (Diskussion.) Der Eintritt ist frei.

— Die Gesellschaft für Erdkunde veranstaltet anlässlich ihres 90 jährigen Bestehens Montag, 13. Mai, im Zoologischen Garten eine Festigung, in der Sven Hedin über Tibet, unsere Kenntnis des Landes im Westel der Zeiten“ (mit Lichtbildern) sprechen wird.

— Eine Sibland-Esland-Ausstellung wird vom Verein für das Deutschtum im Ausland in Gemeinschaft mit liblandischen und eslandischen Kreisen veranstaltet. Sie wird von Mitte Juni bis 15. Juli in Berlin in den Räumen der Akademie der Künste zu sehen sein.

— Die Universität Dorpat wird wieder in der Art, wie sie vor ihrer Verfassung bestand, aufgenommen werden. Der Geschichtschreiber Osteuropas, Prof. Theodor Schiemann, ist zu ihrem Kurator ernannt.

— Drahtlose Telephonie zwischen Washington und Paris ist, wie die „Norddeutsche“ englischen Quellen erntimmt, erzielt worden.

Dioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Diding.

„Das wollen wir doch mal sehen.“ sagte der Oberingenieur, warf die Pelze von sich, wälzte sich aus dem Schlitten heraus und lief nach vorn.

Hjort folgte ihm, nicht um zu sehen, wie es gehen würde, als aus einem anderen Grunde. Es war nichts Ungewöhnliches, daß man im Winter nur mit großen Schwierigkeiten aneinander vorbeikam, besonders bevor der Schneeflug gefahren war. Man konnte nichts weiter tun als warten.

„Was steht ihr und gafft?“ sagte der Oberingenieur, ehe er bei den Arbeitern angelangt war.

Von den Arbeitern antwortete niemand, aber der eine deutete auf das erste Pferd.

Der Oberingenieur blickte einen Augenblick auf den Arbeiter, dann deutete er sich zu dem Pferde nieder, um ihm in die Augen zu sehen. Er zog den einen Handschuh aus und legte die Hand auf den Hals des Pferdes. Er nahm sie schnell wieder weg, dann ging er von Pferd zu Pferd und befuhrte sie alle.

„Diese Schutte!“ sagte er. „Wo sind sie?“

Hjort, der spürte, wie ihm ein Blutstrom nach dem andern ins Gesicht schlug, deutete auf die Spur, die nach der Erdhütte führte.

Mit dem Oberingenieur an der Spitze stürmten sie dorthin und stießen die Tür auf. In einem Haufen beleinander lagen die Fuhrleute und schnarchten in ihren Pelzen. Das Feuer im Herd war schon lange niedergebrannt, und Glasherben glänzten daneben.

Der Oberingenieur sprang mitten in den Haufen hinein und suchte und teilte Fußtritte aus. „Verdammtes Was! Catanshunde! Teufel!“ sagte er und stieß und puffte sie. Ehe die Schlafenden richtig wach geworden waren, hatten Hjort und die Arbeiter sie in den Schnee hinausgeworfen, wo sie übereinander purzelten, ohne zu wissen, wie das zugegangen war. Schließlich kriegten sie die Augen auf und

frabbelten schlaftrunken durcheinander. Einer von ihnen stürzte auf Hjort zu, der ihm am nächsten stand, und wollte ihn ins Gesicht schlagen. Das hätte er nicht tun sollen, denn ehe der Schlag traf, hatte Hjort ihn pariert und mit furchtbarem Schwung dem Bauern einen Schlag an die Ohren verfehlt, daß er hilflos den Schneehang eine weite Strecke hinunter trottete.

Das beruhigte die anderen Fuhrleute etwas, besonders als sie die beiden Arbeiter bemerkten, die ihre Spaten in der Hand hatten und Lust zu haben schienen, das Strafgericht fortzusetzen. Die Bauern standen schwanfend im Schnee und glockten von einem zum andern, während einige von ihnen etwas Rotes von der Nase fortwischten. Endlich ermannte einer sich so weit, daß er fragte, was sie denn Böses getan hätten, daß man sie auf diese Weise mißhandle. Da würde der Amtmann ein Wort mitzureden haben.

Da kam eine Sturzes von dem Oberingenieur.

„Ihr verdammten Schutte!“ sagte er. „Ihr wollt vom Amtmann reden, ihr Viehzeug? Aufgehängt mühtet ihr werden, aufgehängt an der höchsten Birke, die es hier oben gibt. Amtmann! Ja, wirklich, der Amtmann sollte euch vornehmen, ihr besauft euch derrauchen, daß ihr die armen Gänse draußen stehen und erfrieren laßt. Ja, jetzt glockt ihr. Vielleicht habt ihr jetzt die Augen ordentlich aufgekrigert, ihr Lämmer! Und nun steht nicht da und gafft uns an, sondern macht kehrt und seht euch die Gänse an, die die ganze Nacht gestanden und auf euch gewartet haben, während ihr euren Rausch angeschlafen habt, ihr Hunde! Nun, seht ihr? Die Bauern hatten sich allmählich umgedreht und starrten erbläht zum Wege hinunter, während die Arbeiter die Hände fester um den Spatengriff ballten.

Hjort half dem Bauern auf die Beine, der bei dem Schlage umgefallen war. Er war noch ganz schwindlig, und Hjort mußte ihn zum Wege hinunter geleiten. Erst als er da angekommen war, kam ihm ein Schimmer von Vernunft zurück, er stolperte auf das erste Pferd zu, raffte die Zügel auf, kroch auf den Schlitten hinauf und schnalzte, um das Pferd in Gang zu bringen. Er riß und zerrte an den Zügeln, bis es ihm dämmerte, daß mit dem Pferde etwas Besonderes los sein mußte. Er kroch wieder vom Schlitten

herunter und auf das Pferd zu. Er tastete lange an dem tief niedergebogenen Kopf herum und versuchte, ihn hochzubeugen. Dann plötzlich begriff er, stieß ein entsetzliches Gebrüll aus und warf sich heulend in den Schnee. Ein anderer der Bauern sprach allerhand schöne Worte zu seinem Pferde und streichelte es zärtlich am Maul, während die anderen drei Fuhrleute nur dastanden und gafften, während ihre Gesichter vor Kälte und Aufregung immer weißer und weißer wurden.

„Wir haben keine Zeit, hier länger zu stehen und zu glocken. Ihr müßt euch dranmachen und ausspannen, damit wir vorwärts können!“ kommandierte der Oberingenieur.

Die Fuhrleute gehorchten mechanisch, waren aber so ungeschicklich, daß die Arbeiter und Hjort helfen mußten. Schließlich gelang es ihnen vereinten Anstrengungen, die Fuhrwerke beiseite zu schaffen. Aber als die Pferde umgeworfen werden sollten, um sie aus dem Wege zu bekommen, mußten die Bauern das selbst tun. Die großen schweren Tiere fielen mit dumpfem Gepolter in den Schnee. Der Weg war frei.

Die Ingenieure trocken wieder in den Schlitten, nachdem Hjort den Bauern gesagt hatte, sie müßten nach der nächsten Vorade gehen, um sich Hilfe zur Weiterschaffung der Proviantfuhr zu holen.

Dann fuhr die Ingenieure weiter. Keiner von ihnen sagte ein Wort. Sie hatten zubielt zu denken, und sie schienen beide unter den Pelzen und Fellen vor Kälte zu zittern. Und hinter ihnen her trabten die beiden Arbeiter, vor Frost in der Sonne zitternd, die Spaten auf den Schultern.

Alles umher war schön, rein und weiß. Das Marmor-schloß der Berge leuchtete, der Schnee glitzerte wie Regen-gold, und über allem wölbte sich eisblau, klar, unendlich der Himmel.

Hoch oben an der Bahn sah man die Silhouetten der Arbeitenden wunderbar klein und zusammengeschrumpft, aber kurz und klar klangen die Laute der Hacken und Reihel von oben her, ganz wie ein gut aufgezogenes Uhrwerk, das um Kleinigkeiten nicht stehen blieb.

Hjort schloß die Augen, aber er sah noch lange die fünf Pferde vor sich. (Fortf. folgt.)

Das Dienstpflichtgesetz für Irland verschoben.

Ankündigung von Somerville.

London, 1. Mai. (Neuer.) Es ist eine königliche Verordnung erschienen, durch die das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für Irland verschoben wird.

„Daily News“ melden dazu, daß die Regierung sich entschlossen hat, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Wochen eine abwartende Haltung einzunehmen, bis sie beurteilen kann, welchen Erfolg die Somerville-Bill haben wird. Die Regierung hofft, die Somerville-Bill nächste Woche einbringen zu können.

Es ist also gelungen, die Widerstände, die in der Regierung gegen diese Maßnahme vorhanden sind, zurückzuführen. Der Druck wichtiger Faktoren hat gewirkt: Das entschiedene Verlangen der Arbeiterpartei, die gefährlich aufflammende irische Bewegung gegen die Dienstpflicht, deutliche Somerville-Forderungen der Vereinigten Staaten und schließlich als stärkste Kraft die englische Mannschaftriot und die Bedrängung und schlimme Lage der flandrisch-französischen Front. Daß aber die Einbringung von Somerville die Flammen in Irland nicht ohne weiteres löscht, ergibt sich aus den folgenden Mitteilungen, in denen der Ministerpräsident Carson eine Rolle spielt.

Bern, 30. April. Während die Nationalisten und Sinnfeiner zu Hunderttausenden den Schwur unterschreiben, der Durchführung der Wehrpflicht in Irland mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand zu leisten, liegen Anzeichen vor, daß Ulster im geheimen gegen die Einführung der Somerville Widerstand vorbereitet. Carson sandte der Presse ein lautes Schreiben, worin er die einzelnen Phasen des Somervillestreites seit Mai 1914 darlegt und nachweist, daß, wenn die Regierung die bevorstehende Somerville-Bill Ulster aufzwingt, sie die heftigsten Versprechungen bricht. Die verheerende Drohung des Schreibens ist weniger verheerend in dem Briefe Carsons an den Sekretär des Unionistenrates in Ulster, worin er eine kühne Wiederaufnahme der seit Kriegsausbruch eingestellten Organisation in der ganzen Provinz anempfiehlt.

Wie der Dubliner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, wird der Brief von den Nationalisten als eine Art vorläufiger Mobilisationsbefehl an die Ulster-Freiwilligen angesehen, von der Nationalistenpresse bitter verurteilt. Dabei herrscht angeblich große Besorgnis wegen der Tatsache, daß die Regierung, welche das katholische Irland entworfen hat, den Ulster-Arsenalen Waffen belieh auf die Versicherung der Ulsterführer hin, daß von ihnen während des Krieges kein Gebrauch gemacht werden würde. Es sollen sich in Ulster 60 000, in den Händen der Sinnfeiner höchstens 8000 Gewehre befinden. Man fürchtet, daß falls die Regierung die Ulster gegebenen Versprechungen bricht, die Ulsterführer sich als von ihrer Versicherung entbunden ansehen werden und daß während Ulster der Einführung der Somerville bewaffneten Widerstand entgegensetzt, das übrige Irland gegen die Durchführung der Wehrpflicht kämpfen werde.

Vorläufig, versichert der Korrespondent, sei allerdings bei den Nationalisten von aktivem Widerstand wenig die Rede. Die Bischöfe traten für einen passiven Widerstand ein, welcher fraglos eine ausreichende wirksame Waffe sein werde, schon weil es der Regierung unmöglich sein werde, die Aushebungs-Kommissionen zusammen zu bringen.

Deutschland und Holland.

Eine beiderseits befriedigende Regelung erzielt.

Rotterdam, 1. Mai. Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt, sind die Verhandlungen mit Deutschland, die in den letzten Wochen zu einiger Spannung Anlaß gegeben haben, so weit vorgeschritten, daß eine für beide Parteien befriedigende Regelung erzielt wurde und eine Mitteilung darüber in sehr kurzer Zeit erwartet werden kann.

Uebergabe von Sebastopol?

Basel, 1. Mai. Nach einem Bericht des ukrainischen Telegraphischen Bureaus aus Kiew haben sich die Kommandanten der fünf Kriegsschiffe Swobodnaja Kossija, Pampai Merkuria, Sw. Eustapijai, Zi Stofatnaja und Bereza Swobodna, die in Sebastopol vor Anker liegen, sowie einiger Kreuzer und Unterseeboote bereit erklärt, die Stadt ohne Kampf den ukrainischen Truppen zu übergeben.

Die englisch-amerikanische Arbeiterkonferenz.

Das negative Ergebnis der Versuche der englischen Arbeiterführer, die amerikanischen Arbeiterdelegierten für ihre Kriegstaktik zu gewinnen, wurde bereits mitgeteilt. Dazu liegt noch folgende Meldung vor:

London, 1. Mai. (Neuer.) Auf der Konferenz der Abgeordneten der amerikanischen Labour-Federation und des Parlamentsausschusses der Trades Union und der Labour Party wurde über die internationale Konferenz eine Einigung nicht erzielt. Nach Darlegung der Anschauungen der Teilnehmer wurde die Konferenz bis zur Rückkehr der amerikanischen Abgeordneten von dem Besuch der Westfront, wohin sie alsbald abreisen, verschoben. Die Besprechung wird wahrscheinlich am 8. Mai wieder aufgenommen werden.

Landstingwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 30. April. Bei den heutigen Wahlen von Wahlmännern zum Landsting wurden gewählt: Regierung Anhänger (Sozialdemokraten und Radikale) 1399, Opposition (Konservative, linke kirchliche Listen und Erwerbspartei) 1577. Die Wahlmänner treten nächste Woche zusammen, um 54 Mitglieder des Landstings zu wählen. Das Landsting besteht aus 72 Mitgliedern, wovon 18 im voraus vom früheren Landsting gewählt sind.

Reichstag.

§ 153. — Arbeitskammergesetz.

Die neuen sozialpolitischen Gesetzentwürfe haben am Mittwoch den Reichstag in erster Lesung passiert. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung fand nur geringen Widerstand. — bei den Konservativen, die während des gesamten Krieges keine einzige Reformvorlage zugestimmt haben, und bei dem Schwerindustriellen

Flügel der Nationalliberalen. Genosse Ebert wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß mit der Aufhebung des § 153 noch lange nicht alle Fallstricke gegen das Koalitionsrecht beseitigt seien, bestrafe man doch immer noch in gewissen Fällen streikende Arbeiter als Erpresser. Von einer Kommissionsberatung der kurzen Vorlage wurde Abstand genommen.

Bei der Beratung des Arbeitskammergesetzes beklagte Genosse Legien, daß die Regierungsvorlage immer noch den Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiterschaft atme. Die Vorschläge der Gewerkschaften sind in dem Entwurf unbeachtet geblieben, ebenso die seinerzeit von Dr. Schwander bezüglich der Vorberatung gegebenen Zusicherungen nicht innegehalten worden. Die Mittelparteien, Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittler, sind mit der Regierungsvorlage mehr zufrieden. Der konservative Fabrikant Wildgrube weinte auch hier dem § 153 bittere Tränen nach...

Postgebühren und fürstliche Portofreiheit.

Der Haushaltsausschuß befaßte sich in der Beratung der Steuervorlage am Mittwoch zunächst mit der Erhöhung der Postgebühren. Vor Eintritt in die Tagesordnung wünschte Abg. Ebert (Soz.) eine allgemeine Besprechung darüber, wie ein Teil der vorliegenden indirekten Steuern durch direkte Steuern ersetzt werden könnte. Gegen diesen Vorschlag wurde geltend gemacht, daß sich die Fraktionen erst über konkrete Vorschläge verständigen müßten. Der Abg. Dr. Jund (nass.) verlangte ein schleuniges Sicherungsgesetz, weil zur Umgehung der Zugsteuer momentan ein ungemein schwunghafter Handel mit Goldwaren und Juwelen stattfindet. Diesem Vorschlag traten alle Parteien bei.

In der Debatte über die Postgebühren sprach Abg. Dr. Südekum (Soz.) schwerwiegende Bedenken gegen die vorgeschlagene Gebührenerhöhung aus. Vor allem müsse aber die Portofreiheit der Fürsten beseitigt werden. Während des Krieges seien die Fürsten steuerlich in einer Weise gesöhnt worden, die nicht mehr zu verantworten ist. — Die Beseitigung der fürstlichen Portofreiheit werde dann noch von einer ganzen Reihe von Rednern verlangt. Ein Konservativer hoffte freilich, daß die Fürsten selber auf die Portofreiheit verzichteten würden. Man wurde aber von fortschrittlicher Seite entgegengehalten, daß man den Fürsten seit zwei Jahren die Initiative gelassen habe, aber sie haben sie nicht ergriffen. Abg. Noske (Soz.) stellte fest, daß Staatssekretär Dr. Helfferich schon 1918 verkündet habe, die Fürsten würden auf ihre Portofreiheit verzichten, das sei aber bisher nicht geschehen. Auch den Wehrbeitrag haben die Fürsten keineswegs aus freier Entscheidung geleistet, und man sollte doch endlich einmal bekanntgeben, was die freiwillige Mehrabgabe der Fürsten eingebracht habe. Staatssekretär Rüdlin mußte zugestehen, daß einzelne fürstliche Verwaltungen mit der Portofreiheit Mißbrauch getrieben haben, das sei aber behebbar. Ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der Portofreiheit der Fürsten sei in Vorbereitung. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Südekum, mit welchem Recht man den Fürsten auch die Gebührensfreiheit für den Fernsprecherverkehr eingeräumt habe — denn bei Gewährung der Portofreiheit konnte man den Fernsprecher noch gar nicht —, erklärte der Staatssekretär, daß dies auf dem Wege der Verordnung erfolgt sei. Abg. Gothein stellte fest, daß sich damit die Postverwaltung einer Weisheit zur Hinterziehung von Gebühren schuldig gemacht habe, denn eine solche Verordnung dürfe sie gar nicht erlassen. Die Ausdehnung der Gebührensfreiheit war nur auf dem Wege des Gesetzes möglich. Ein Vertreter des Reichstages suchte die Rechtmäßigkeit des eingeschlagenen Verfahrens zu verteidigen, aber Abg. Dr. David (Soz.) widerlegte seine Ausführungen bündig. Schließlich wurden sämtliche Anträge einem Unterausschuß überwiesen. Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Herabsetzung der Rationen?

Eier und Butter zur Ferkelaufzucht!

Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuß für Ernährungsrfragen hat am 1. Mai seine Beratungen begonnen. Staatssekretär v. Waldow wies in der Uebersicht, die er über den Stand der Lebensmittelversorgung gab, darauf hin, daß wir die Produktion nur aufrechterhalten können, wenn aus der Ukraine die in Anlauf gebrachte Einfuhr tatsächlich erfolgt. Einige Transporte seien eingetroffen, man müsse abwarten, wie sich die Einfuhr weiter gestaltet. In der Kartoffelversorgung besteht die Hoffnung, daß wir auskommen. Wahrscheinlich werde man mit einer

Herabsetzung der Fleischration

rechnen müssen, sobald wir wieder mehr Gerate haben. Die Butterversorgung weise großen Rückgang auf und wir hätten eine Fettration von 70 Gramm nicht ganz geben können, wenn nicht die Margarinefabrikation auf das Doppelte gestiegen wäre.

In der Besprechung sagte der Abg. Feld (nass.) über die Folgen der umfangreichen Viehabschlachtungen: Unzureichende Anordnungen haben dazu geführt, daß die Wagnermilch nicht zur Aufzucht der Ferkel benutzt werden konnte. Jetzt wende man in der Provinz Hannover Eier und Butter zur Ferkelaufzucht. Diese Mittelstellung erregte berechtigtes Aufsehen. Abg. Stubbe (Soz.) erklärte diese Zustände in Hannover für einen Verweis, daß die Kontrolle auf dem Lande ungenügend ist. Weiter kritisierte der Redner den Anflug, daß Offiziere große Mengen Lebensmittel aus den Stoppengebieten heimzuschleppen lassen um ihre Familien reichlich damit zu versorgen. Die Soldaten bekommen nur Urlaub, wenn sie die Palette der Offiziere mitschleppen, während sie selbst nichts erlangen können. Mit diesem Anflug müsse die Militärverwaltung endlich aufhören. Redner befürchtet, daß die Rationierung der Produktion nicht zu umgehen sei. Wie die Bevölkerung dies ertragen werde, sei schwer zu sagen.

Graf Spee.

Nach der Rede, die der Zentrumsabg. Graf Spee am ersten Tage der Wahlrechtsdebatte gehalten hat, muß man meinen, einen Patrioten vor sich zu haben, der gerade noch im letzten Augenblick atemlos und staubbedeckt aus dem Westen eintrifft, um das Parlament zu beschwören, doch um des Himmels willen die Wahlreform nicht ohne die Felder an der Front zu machen, sondern sie bis nach Kriegsende zu vertagen. In Wirklichkeit haben wir gerade in dem Grafen Spee einen alten, eingelebten Wahlrechtsfeind vor uns, der auch nach dem Kriege dem Volke, das seit Jahren dem Vaterlande ungeheure Opfer an Blut und Gesundheit bringt, das gleiche Recht verweigern will. Im Jahre 1907 hat Graf Spee mit noch 16 anderen Fraktionsmitgliedern dem Zentrumsantrag auf Ersetzung des Dreiklassenstimmens durch das Reichstagswahlrecht die Unterschrift

verweigert. Im Jahre 1912 gehörte Graf Spee zu den 88 Zentrumsabgeordneten, die sich vor der Abstimmung über den von den Freisinnigen gestellten Antrag aus dem Saale entfernten, so daß statt der erwarteten Mehrheit für die geheime und direkte Wahl (es handelte sich also nicht mal um das gleiche Wahlrecht!) eine Mehrheit von 80 Stimmen dagegen ergab.

In seiner vorgelesenen Rede sagte Graf Spee auch: „Ich habe mich im Februar wieder an die Front gemeldet, weil ich das politische Durcheinander hier nicht mehr ertragen konnte; politischer Ehrgeiz und Machtgelüste gehen im Inneren ihre verderblichen Wege...“

Es sind noch nicht fünf Monate her, da stand der nämliche Graf Spee in Berlin im Zirkus Busch in einer großen Hausbesitzerversammlung und hielt eine Rede, die wie folgt schloß:

„Für das Hausbesitzerprivileg bedürfen wir starker Garantien, um zu verhindern, daß es umgangen wird. Wenn der städtische mit dem ländlichen Haus- und Grundbesitz, der bei der Neuordnung schwere Kämpfe um die Erhaltung wohn-erwerbener (?) Rechte zu bestehen haben wird, zusammenhält, mit ihm gemeinsam kämpft, so wird der Erfolg nicht ausbleiben, zum Wohle der Grundbesitzer wie des Vaterlandes.“

Dem Berliner Zentrumsblatt, der „Germania“, war dies Auftreten ihres Parteifreundes so peinlich, daß sie seine Rede in dem siebzehnjährigen Bericht im Gegensatz zu allen anderen Sprechern mit einer einzigen Zeile abtat. Noch viel peinlicher muß den Freunden des Grafen die von uns hier vorgenommene Gegenüberstellung der Rede aus dem Parlament mit der im Zirkus sein.

Kardorff tritt aus der freikonservativen Partei aus.

Der Landtagsabgeordnete v. Kardorff hat am Mittwoch seinen Austritt aus der freikonservativen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses erklärt. Kardorff war, wie Freiherr von Jellib, Anhänger des gleichen Wahlrechts und sah sich aus diesem Grunde seit längerer Zeit in der Fraktion kaltgestellt.

Verbot der Wiener „Arbeiterzeitung“.

Anfrage im Reichstag.

Die Genossen Ebert und Wendel haben folgende Anfrage gestellt:

„Hi dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß seit vierzehn Tagen dem angesehensten politischen Blatte Oesterreichs, der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die Einfuhr nach Deutschland auf die Dauer verweigert wird, und wie denkt er diese Maßregel zu erklären, da der Presse des neutralen und auch des feindlichen Auslandes unbeschadet ihrer Stellung die Einfuhr gestattet ist?“

Letzte Nachrichten.

Deutsch-französischer Gefangenenaustausch.

Am 26. April 1918 sind in Bern die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über Gefangenenaustausch geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Die getroffenen Vereinbarungen sind nunmehr den beiden Regierungen zu Genehmigung vorgelegt worden.

Das wichtigste Ergebnis wird die

Entlassung einer großen Anzahl deutscher und französischer Kriegsgefangener

sein; bei einer Mindestdauer der Gefangenschaft von 18 Monaten sollen Kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden, und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangenennahme entscheidend. Austausch und Internierung sollen sich grundsätzlich Kopf um Kopf vollziehen; nur für die an Zahl verhältnismäßig geringen Klassen der mehr als 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und der mehr als 40 Jahre alten Heimweiblicher mit mindestens drei Kindern konnte aus Gründen der Menschlichkeit von dem Austausch Kopf um Kopf abgesehen werden. In deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischer Gefangenschaft befinden, kommen zurzeit etwa

2000 Offiziere und 120 000 Mann

in Betracht. Selbstverständlich wird der Abtransport so großer Zahlen von Kriegsgefangenen viele Monate in Anspruch nehmen, zumal bei ihrer Loslösung aus dem Wirtschaftskreis der Völker auf ihren rechtzeitigen Ersatz Bedacht genommen werden muß. Kriegsgefangene, die am 16. April 1918 in der Schweiz krankheitshafter interniert waren, werden, sofern sie vor dem 1. November 1918 in Feindbesitz geraten sind, unverzüglich in die Heimat entlassen. Die früheren Vereinbarungen über die Entlassung und Internierung kranker und verwundeter Kriegsgefangener werden durch das neue Abkommen nicht berührt.

Das zweite wesentliche Ergebnis der Berner Verhandlungen sind Bestimmungen über die

Entlassung derjenigen Zivilpersonen,

die zurzeit in einem der beiden Länder interniert sind, oder jemals während des Krieges interniert waren. Solche Personen können auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht das Land, in dem sie zurückgehalten werden, verlassen und an ihren früheren Wohnort zurückkehren. Dies Ergebnis ist um so erfreulicher, als damit auch den noch in Frankreich befindlichen Eisatz-Lothringern die Möglichkeit der Heimkehr geboten wird.

Außerdem enthalten die Vereinbarungen u. a. noch eine Reihe von wichtigen Bestimmungen über die Einrichtung und den Dienstbetrieb in den Gefangenenlagern, über die Ernährung der Kriegsgefangenen, insbesondere ihre Prostration, über die Vollstreckung gerichtlicher und disziplinarischer Strafen, sowie über die Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Nach Bestätigung der Vereinbarungen durch die beiden Regierungen werden nähere Einzelheiten bekanntgegeben werden.

Besonderen Anteil an dem günstigen Verlauf und dem Erfolg der Berner Verhandlungen hat die schweizerische Regierung, unter deren Leitung die Verhandlungen stattfanden.

Die Mitleidensammlung.

Berlin, 1. Mai. Die durch die Presse verbreitete Nachricht, daß die Reichsbedienstetene die Sammlung von einer Million getragener Angänge für die Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben auf unbestimmte Zeit verschoben habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die ihnen anvertrauten Mengen von getragenen Angängen unverzüglich zu beschaffen.

